

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 3.50 RM. monatlich 1.10 RM.
vierteljährlich 3.50 RM. frei ins Haus...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die feinsten...
Zeitung...
Telegraphen-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 13. März 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Bedeutende deutsche Erfolge bei Augustowo und Prasznyz.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers
Amlich. Großes Hauptquartier, den
12. März 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwei feindliche Linienschiffe, begleitet von
einigen Torpedoboote, feuerten gestern auf
Bad Westende mit über 70 Schuß, ohne irgend-

Die Engländer, die sie in Neuve Chapelle
festsetzten, stießen heute nacht mehrere Male in
östlicher Richtung vor; sie wurden zurück-

In der Champagne herrschte im allge-
meinen Ruhe.

In den Vogesen war wegen heftigen Schne-
treibens die Gefechtsfähigkeit nur gering.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich des Augustower Waldes wurden
die Russen geschlagen. Sie entzogen sich durch
schleunigen Abmarsch in Richtung Grodno einer
völligen Niederlage; wir machten hier über
4000 Gefangene, darunter zwei Regimentskom-

Zwei große Siege haben sich die Russen in
ihren amtlichen Bekanntmachungen zuge-

sprochen, den Sieg bei Grodno und den bei
Prasznyz. In beiden Schlachten behaupten sie,
je zwei deutsche Armeekorps geschlagen oder
vernichtet zu haben. Wenn die russische oberste
Heeresleitung im Ernst dieser Meinung war, so
werden die Ereignisse der letzten Tage sie über
die Kampfkraft unserer Truppen eines anderen
belehrt haben. Ihre mit so beredten Worten ver-

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 12. März. (W. L. B.) Amtlich wird ver-
lautbart: 12. März 1915:

Die Situation unserer Truppen in den neu gewonnenen
Stellungen in Russisch-Polen und Westgalizien hat
sich weiter gefestigt, Angriffe des Feindes haben sich
nicht mehr wiederholt. Bei Jadow an der Pilica brachte die
eigene Artillerie gestern nach kurzem heftigen Feuerkampf
mehrere feindliche Batterien zum Schweigen.

In den Karpathen wurde nach erbittertem Kampf
eine Dickschiff an der Straße Gisa-Baligrod genommen und
die anschließenden Höhen im Laufe des Tages während dichten
Schneegestäubers vom Feinde gesäubert. Im westlichen
Nachbarabschnitt scheiterte unterdessen ein starker feindlicher
Angriff. An der übrigen Front in den Karpathen sowie in
Südostgalizien keine besonderen Ereignisse, da während des
ganzen Tages heftiger Schneesturm anhielt.

Auch nördlich Czernowit herrscht Ruhe.

Am südlichen Kriegsschauplatz hat sich seit
längerer Zeit nichts ereignet. Unbedeutende Vorkämpfe an
der montenegrinischen Grenze fanden stellenweise statt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Hofer, Feldmarschallleutnant.

Vogesen warfen wir Gegenangriffe am Reichsaderkopf
zurück.

Erneutes Bombardement von Reims.

Paris, 12. März. (Z. U.) Nach den Berichten der
Blätter aus der Front findet seit dem 5. März ununterbrochen
ein heftiges Artillerieduell in der Umgegend von Reims statt.
Eine Reihe von Geschossen fällt täglich in die Stadt selbst.
Mehrere große Feuersbrünste ausgebrochen, die nur
unter den größten Schwierigkeiten von der freiwilligen Feuer-
wehr gelöscht werden können. In einem einzigen Tage
wurden über 30 Brandstößen gezählt. Die Bewohner ver-
lassen von neuem scharenweise die Stadt. In Paris werden
Hilfsaktionen für die Flüchtlinge eingeleitet. Die Pariser
Militärkritiker versuchen bei ihren Besprechungen der
strategischen Lage um Reims dem französischen Ober-
kommando den Gedanken einer großen Offensive gegen die
dortigen deutschen Stellungen zu suggerieren.

Wechsel im Kommando des württem-
bergischen Korps.

Stuttgart, 12. März. (W. L. B.) General der Infanterie von
Fabeck ist zu besonderer Verwendung berufen worden. In
seinem Nachfolger in dem Kommando des württembergischen Ar-
meekorps ist Generalleutnant Freiherr von Watter ernannt.

Pegouds Heldentaten.

Paris, 9. März. (Z. U.) Der bekannte französische Sturz-
flieger Pegoud, der seit Beginn des Krieges im französischen Heere
als Militärflieger Dienst tut, ist mit der Militärmedaille dekoriert
worden. Er hat diese Auszeichnung erhalten, weil er verschiedentlich
deutsche Flieger verfolgt hat und in den sich entspinrenden Kämpfen
als Sieger hervorgegangen sein soll.

Der Fall des amerikanischen
Schiffsankaufsgesetzes.

Am 4. März ist entsprechend der amerikanischen Verfassung
der Kongress, das aus Senat und Repräsentantenhaus bestehende
Parlament der Vereinigten Staaten von Amerika geschlossen wor-
den. Noch kurz vor Schluss wurde vom Repräsentantenhaus ein
Gesetz angenommen, das die Macht des Präsidenten Wilson ins-
fern erweitert, als es ihm gestattet, solchen Schiffen, die Kriegs-
materialien für kriegsführende Staaten geladen haben, die Zoll-
schneide vorzuenthalten, also ihre Ausfahrt vorläufig zu verhindern.
Nebst dem dieser Ermächtigung in praktischer Hinsicht keine be-
sondere Bedeutung beigegeben werden, da vom Senat dem Ge-
setz vorher eine Klausel eingefügt worden ist, die die gewöhn-
liche Munitionsausfuhr frei läßt und das Eingreifen des Prä-
sidenten auf besondere außergewöhnliche Fälle beschränkt.

Tagegen ist das Schiffsankaufsgesetz, obgleich sich zur
deuten Gesetz in den letzten Wochen Wilson selbst nachdrücklich
eingesetzt hatte, gefallen. Bekanntlich war es Wilson, von
verschiedenen Führern der demokratischen Partei lebhaft unter-
stützt, eine von der Regierung verworfene große Dampfer-
gesellschaft zu gründen, um die amerikanische Handelsflotte wesent-
lich zu vermindern und durch sie einen Druck auf die zurzeit sehr
hoch getriebenen Frachtaraten auszuüben. Von dem Aktienkapital,
das eventuell bis auf 40 Millionen Dollar, also ungefähr auf
188 Millionen Mark, erhöht werden sollte, wollte die Regierung
selbst mindestens 51 Proz. fest übernehmen, so daß die Verwaltung
des großen Unternehmens in ihrer Hand bliebe. Vor allem sollten
deutsche Schiffe, die jetzt in amerikanischen Häfen liegen und nicht
ausfahren können, da sie sonst den englischen Kriegsschiffen zur
Beute fallen würden, angekauft werden.

Schon vor mehreren Wochen hatte England angekündigt, daß
es einen solchen Uebertrag deutscher Schiffe durch Kapitän in den
Besitz einer halbstaatlichen amerikanischen Schiffsahrtsgesellschaft
beanstanden und in der Uebernahme deutscher Schiffe eine Ver-
letzung der Neutralität sehen müsse. Doch ist es weniger diese eng-
lische Drohung, die das Gesetz zu Fall gebracht hat, als die Opposi-
tion in der nordamerikanischen Union selbst. Da zuerst zunächst
die zahlreichen Englandfreunde in Nordamerika, die von einer Ab-
minderung der günstigen Gelegenheiten zur Zurückdrängung der eng-
lischen Schiffsahrt nichts wissen wollten. Dann die amerikanischen
Wirtschaftsinteressen, die, nachdem schon vor einigen Monaten der
Kongress gegen ihren Willen die Eintragung fremder Schiffe in
die amerikanischen Register erleichtert hat, jetzt jeder weiteren Er-
leichterung der Erwerbung fremder Schiffe energischen Widerstand
leisten und im eigenen Nutzen die Aufrechterhaltung der alten ge-
setzlichen Bestimmungen fordern, wonach amerikanische Schiffe auf
amerikanischen Werften gebaut sein müssen. Dazu fernere die
Bankiers und Kapitalisten, die an amerikanischen und englischen
Schiffsahrtsgesellschaften beteiligt sind und sich ihre Gewinne nicht
durch einen Druck auf die jetzigen hohen Frachtarate vermindern
lassen möchten; und schließlich auch noch manche Wählerinteressen,
die da meinen, daß, je höher die Schiffsraten stehen, desto leichter
auf bestimmten Eisenbahnlinien der Gütertransport mit dem
Transport zu Wasser zu konkurrieren vermag. Alle diese Inter-
essenten traten sich der Absicht Wilsons energisch entgegen, und
durch ihren Einfluß auf die kapitalistische Presse der Union und
die „Volksvertreter“, besonders die Mitglieder des Senats, haben
sie glücklich erreicht, daß das Gesetz unter den Tisch gefallen ist.

Zurzeit liegen in den Häfen der Union viele der
besten Schiffe der Hamburg-Amerika-Linie und des Nord-
deutschen Lloyd und anderer großer deutscher Reedereien. Die
Gesamttonnage mit Einschluß der österreichischen Schiffe wird
von amerikanischen Handelsblättern auf ungefähr 400 000
Registertonnen angegeben. Den großen Reedereien würde es
sicherlich angenehm sein, wenn sie die hohen Ausgaben für die
Liegplätze und das Instandhalten der Schiffe sowie für die un-
erschöpfliche in Amerika zurückgeliebene Mannschaft usw. sparen
und jetzt einen Teil ihres Schiffbesitzes zu annehmbaren Preisen
veräußern könnten, der Hafenarbeiterfrage und den Seeleuten
Norddeutschlands würde sich hingegen solcher Rückgang des deutschen
Schiffsverkehrs nach Friedensschluß bald fühlbar machen.
Wir haben demnach nicht zu bedauern, daß Wilsons Plan
gescheitert ist. Aber die Vereinigten Staaten verpassen damit tat-
sächlich die günstigste Gelegenheit, die sich ihnen bisher geboten hat,
ihre Handelsflotte auf einen den wirtschaftlichen Bedürfnissen des
Landes entsprechenden Stand zu bringen.

Die amerikanische Schiffsverkehrsstatistik geht von ganz
anderen Grundsätzen aus als die deutsche. Die beiderseitigen
Zahlen sind daher kaum vergleichbar. So werden z. B. die vielen
Schiffe, die dem Güterverkehr auf den großen amerikanischen
Binnenseen dienen, mit hinzugezählt, ebenso die Küstenfahrzeuge.
Bleibt man lediglich die dem Auslandsverkehr in sogenannter großer
Zahl dienenden Schiffe in Betracht, so betrug der Gesamttonnen-
gehalt der amerikanischen Handelsflotte Ende 1912 nur ungefähr
625 000 Tonnen, und diese Schiffe beförderten noch nicht ein

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 12. März. (W. L. B.) Der amtliche Be-
richt von gestern nachmittag 3 Uhr lautet: Durch
den Angriff vom Mittwoch nahmen die Engländer 2500 Meter
Schützengraben vor Neuve Chapelle sowie das Dorf
selbst. Der Angriff rückte in der Richtung Aubers bis zur
Mühle von Bietre und in südöstlicher Richtung bis zum Nord-
rand des Gehölzes von Viez vor, d. h. etwa 2 Kilometer
über Neuve Chapelle hinaus. Die deutsche Artillerie schoß
wenig. Bezüglich der übrigen Front ist dem gestrigen Abend-
bericht nichts hinzuzufügen.

(Anmerkung des W. L. B. Die Wahrheit über die
gestrigen Kämpfe bei Neuve Chapelle ist schon in dem deutschen
Hauptquartierbericht festgelegt.)

Paris, 12. März. (W. L. B.) Der gestern abend um
11 Uhr ausgegebene amtliche Bericht lautet: Dichter
Nebel behinderte stark die Operationen an verschiedenen
Stellen der Front. Vor der belgischen Küste beschloß
ein englisches Geschwader Westende mit Erfolg. Im Abschnitt
von Ipern waren wir zwei Angriffe bei Zandvoorde
zurück. In der Gegend von Neuve Chapelle wies
die englische Armee zwei Gegenangriffe zurück. Die
Verluste des Feindes sind beträchtlich. In der
Champagne erzielten wir am Mittwochabend merkwürdige
Fortritte im Gehölz westlich von Perthes, wo wir vor fünf
Tagen Fuß gefaßt hatten. Der Feind verteidigte sich dort
hartnäckig. Trotz sehr heftiger Beschützung und mehrerer
Gegenangriffe behaupteten wir unsere Gewinne. In den
Argonnen erbeuteten wir bei den bereits gemeldeten
Kämpfen in der Gegend von Four de Paris und Volante
einen Minenwerfer und ein Maschinengewehr. In den

Zukunft des auf dem Seewege vor sich gehenden Güterverkehrs mit dem Auslande; die anderen neun Zehntel des amerikanischen Seehandels mit fremden Ländern wurden durch nichtamerikanische Schiffe, meist englische und deutsche, vermittelt. Selbst wenn man die lediglich zwischen Häfen der Union verkehrenden amerikanischen Küstenschiffe mitzählt, war an der Gesamttonnage der 1912 in amerikanischen Häfen ein- und auslaufenden Schiffe die amerikanische Handelsflotte nur mit rund 23 Proz. beteiligt. Von den aus fremden Staaten bezogenen Waren wurden denn auch 1912 nur für 164 Millionen Dollar auf amerikanischen Schiffen eingebracht, dagegen für 207 Millionen Dollar auf deutschen und für 782 Millionen Dollar auf englischen Schiffen. Und noch weit ungünstiger stellte sich die Beteiligung der amerikanischen Schifffahrt an der Ausfuhr der Union. In dem Gesamtgüterverkehr zwischen den Häfen der Vereinigten Staaten und Europa war z. B. die amerikanische Handelsmarine in den letzten Jahren nur mit 3/4 bis 4 Proz. beteiligt.

Durch die schon erwähnte Erleichterung der Erwerbung fremder Schiffe hat zwar, soweit sich aus den Angaben amerikanischer Blätter ersieht, die Union ihren Bestand an Handelschiffen von Mitte August bis Ende Januar um 118 vermehrt; aber zumeist bestehen diese neu erworbenen Schiffe ebenfalls aus kleineren, für den Küstenverkehr bestimmten Fahrzeugen. Es ist deshalb mit ziemlicher Sicherheit darauf zu rechnen, daß, wenn auch Wilsons Schiffsankaufbill vorläufig abgelehnt ist, sie doch später in veränderter Fassung wieder aufzuleben wird.

Das „Loch von Belfort“.

Ueber das „Loch von Belfort“, das jüngst in einem Bericht des Großen Hauptquartiers erwähnt wurde, wird der „Nord. Allgem. Ztg.“ geschrieben:

Das „Loch von Belfort“ („Trouée de Belfort“) ist eine Lückung zwischen dem Südrande der Vogesen und den nördlichen Stufen des Jura. Diese Lückung ist im strategischen Sinne sehr wichtig, da sie bei einer Breite von 22 Kilometer seit jeher als Durchstraße gedient hat. Schon daraus geht die große Bedeutung der Festung Belfort hervor, die die Sentung sperrt und außerdem noch der Knotenpunkt mehrerer wichtiger Bahnen nach Epinal und Besancon ist. Wie alle wichtigen Stützpunkte für Heeresmärsche, ist auch Belfort schon seit langer Zeit befestigt. Die Stadt Belfort wurde bereits im Jahre 1687 befestigt, und zwar durch Bauban, den wir aus der Festungsgeschichte anderer französischer Städte kennen. Heute hat die Festung, die nach dem Kriege 1870 neu ausgebaut wurde, einen Fortgürtel von einem Gesamtumfang von 40 Kilometer. Sie gehört somit zu einer der stärksten französischen Festungen. Gegen Osten ist, durch die Natur begünstigt, eine große Reihe starker Felsen, unter ihnen die Forts La Motte und La Justice, auf der Straße nach Mühlhausen vorgelagert. Die Festungswerke, die zum größten Teil aus Felsrücken erbaut sind, haben einen Abstand von rund zwei Kilometer, wodurch der Gürtel eine große Festigkeit erhält. Die Forts sind im modernen Sinne ausgebaut und durch Geschützpanzer verstärkt. Unseren heutigen Belagerungsgeschützen gegenüber werden allerdings die Befestigungen selbst weniger Schutz gewähren als die günstigen Lagerungen auf den Anhöhen. Nach Norden ist die Festung sowohl durch die natürliche Lage, durch Wasser und Anhöhen als auch durch die befestigte Rosellinie stark geschützt. Im Süden finden wir eine große Anzahl von Werken, wie z. B. die Redoubts (Gante- und Basseforts), die zum Teil in Felsen gehauen sind. Auch im Westen ist eine befestigte Linie errichtet worden. Die Durchstraße in der Feste von Belfort ist demgemäß soweit geschützt, wie Menschenhände es vermögen. Da aber Antwerpen auch nur wenige Tage Widerstand leisten konnte, so kann man damit rechnen, daß diese starke Festung ebenfalls bald den Anstürmen erliegen wird. Welche Bedeutung gerade die Feste von Belfort hat, geht aus der Geschichte des Krieges 1870 hervor. Denn hier drang im Januar 1871 Bourbaki gegen das Oberelsaß vor, um die Belagerungsmärsche abzuschneiden. Zufällig wurde die Belagerung dadurch hart gefährdet und konnte erst fortgesetzt werden, nachdem das Heer Bourbaki besiegt war. Belfort war im Kriege 1870 für Deutschland überhaupt ein starkes Hindernis. Es hat vieler Wochen bedurft, um die Festung in die Hand zu bekommen. Nun sind heute die Festungswerke noch beträchtlich verstärkt worden. Allerdings haben wir auch unsere berühmten 42-Zentimeter-Mörser, deren Wucht kein Festungswerk und keine Felsenplatte standhalten dürfte. Der innere Befestigungsgürtel der Stadt mit der hochgelegenen Zitadelle und der großen Reihe von Bastionen ist dem heutigen Belagerungsmaterial ebensowenig gewachsen, wie der innere Festungsgürtel von Antwerpen.

Ein englischer Flieger auf holländischem Gebiet.

Amsterdam, 11. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei Vierliet landete gestern ein englischer Flieger. Die Insassen, ein Hauptmann und eine Sekondeleutnant, wurden interniert. Das Flugzeug kam von Ipern, irrt ab und mußte wegen Benzinmangel an dem genannten Ort landen. Die holländische Grenztruppe beschloß und traf den Apparat mehrmals.

Truppenbewegungen vor der Schlacht in Masuren.

den 8. Februar 1915.

Schon vor zwei Wochen schrieb ich, es schwinde durch die Stimmung etwas wie die Erwartung neuer großer entscheidender Ereignisse. Dabei zeigte das Leben in den Schützengräben und Unterständen und weit hinter der Front noch die schon seit Monaten gewohnte Physiognomie: wenig Bewegung, aber doch überall das eifrige Bestreben, die eingenommenen Stellungen weiter zu besetzen und wo möglich zu gestalten. Man versuchte, in das Kriegslieben möglichst viel Komfort und Behaglichkeit hineinzupflanzen. Gerade so, als wollte jeder dauernd an der Front verweilen. Und etwas weiter hinter der langgezogenen Linie der Befestigungen dieselbe Ruhe, ein ähnliches Bild der Bewegunglosigkeit. — Nur wenige Eisenbahnzüge schoben sich auf den stählernen Schlangen bis dicht an die Schützengraben, fast vereinsamt waren die großen Zufahrtstrassen nach dem Osten. Der militärische Tagesdienst brachte nur wenig Leben und Beweglichkeit in die stille Stimmung. Einzelne Autos fuhren vorbei oder sie kämpften sich handend, taktisch, sturend durch die Hindernisse, die Eis und Schnee ihnen entgegenkamen. Hin und wieder trabte ein Reiter vorbei, dessen Gaul auf der glatten Straße alle Augenblicke ausglitt. Nur mühsam kam er vorwärts. Langsam krochen von Zeit zu Zeit Fuhrwerke über die verstaubten Wege. Sellen sah man einen größeren oder kleineren Trupp von Soldaten durch Schnee und Sturm vorwärts streben. Einsam stehen die einzelnen Häuser und Gehöfte in der weissen stillen Landschaft. Manchmal nur huschte ein Mensch aus der Tür oder in ein Haus hinein. Sonst gaben nur noch dünne Rauchstreifen über den Dächern Kunde davon, daß nicht alles Leben abgeflornt war. Man konnte von einem Winterschlaf reden, dessen bleierne Schwere selbst dem Kriege Schranken setzte. Auch jetzt noch, obwohl das Leben hinter der Front ein ganz anderes Gesicht bekommen hat. Es ist so beweglich und mannigfaltig, so important und so voll Regsamkeit, wie ich es im bisherigen Verlauf des Krieges in dieser Art noch nicht ersehnte. Man könnte glauben, der Aufmarsch zum Kriege beginne nun erst. In Wirklichkeit ist es nur der Nachschub. Stehen wir unmittelbar vor neuen Ereignissen? Beginnt hier oben im Osten ein neuer Akt im blutigen Völkerdrama? Die nächste Zeit wird auf solche Fragen Antwort geben.

Die Wege und Chaussees sind nun fast zu eng für den gewal-

Landung kanadischer und australischer Verstärkungen in England.

London, 12. März. (B. L. B.) Einer Meldung der „Central News“ zufolge sind ein australisches und das zweite kanadische Kontingent in England gelandet.

Warnung des Generalgouverneurs von Belgien.

Brüssel, 12. März. (B. L. B.) Der Generalgouverneur erläßt folgende Bekanntmachung: In letzter Zeit haben durch die deutschen Militärgerichte eine große Anzahl Belgier wegen versuchten Landesverrats mit Zuchthaus bestraft werden müssen, weil sie wehrpflichtigen Landknechten bei dem Versuch, zum feindlichen Heer zu gelangen, behilflich gewesen sind. Ich warne wegen der schweren darauf stehenden Strafen erneut vor solchem Verbrechen gegen die deutschen Truppen.

Zur Auflösung der Garibaldiner-Legion.

Paris, 11. März. (B. L. B.) Meldung der Agence Savas. Da die italienische Regierung gewisse Klassen der Reservisten einberief, beschloß der Kriegsminister, denjenigen italienischen Freiwilligen des 4. Fremden-Regiments die Freiheit wiederzugeben, welche das Ansuchen stellten. Das Regiment wurde in das Depot Avignon gebracht, um die Entlassungsoperationen zu erleichtern. Das 4. Fremden-Regiment hatte an den Kampfhandlungen, welche sich in den Argonnen abspielten, tätigen Anteil und bewährte sich glänzend.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Karpathenkämpfe bei 25 Grad Kälte.

Wien, 12. März. (B. L. B.) Der Kriegskorrespondent der „Neuen Freien Presse“ meldet vom 11. März: Die Kampflage auf der ganzen Front von Rußisch-Polen bis Südbulgarien hat sich seit gestern nicht geändert. Die seit einigen Tagen eingetretene strenge Kälte erreichte auf den Höhen der Karpaten 25 Grad unter Null und lähmte die Kampfaktionen. Der Schutz der Truppen gegen die Kälte ist die Hauptaufgabe geworden. Wenn auch jeder Soldat mit Kälteschutzmitteln reichlich ausgestattet ist und im Schützengraben die bewährten Schwärmöden ausgezeichnete Dienste leisten, so sind doch so große Kältegrade wie sie jetzt eingetreten sind, schwere Gefahren. Die Haltung unserer Truppen unter solchen Umständen ist besonders bewundernswert. Ihre Kampfkraft hat nirgends gelitten, wo es zu Zusammenstößen mit dem Feinde kam, wie im Raum von Gorlice, in Rußisch-Polen und bei Radworna, wo überall russische Angriffe erfolgreich und für den Feind verlustreich abgewiesen wurden. Auch in den Karpaten fanden ein einzelnes Stellen Kämpfe statt, obwohl dort die Gefechtsintensität durch die strenge Kälte stark behindert ist. Die gemeldete Absicht der Russen, 1500 Juden in unsere Feuerlinie zu treiben, wurde bisher nicht ausgeführt. Vermutlich schreite sie davon die allgemeine Enttäuschung ab.

Vom österreichisch-serbischen Kriegsschauplatz.

Seuchen in der serbischen Armee.

Wien, 12. März. (B. L. B.) Der Chef der holländischen Mission vom Roten Kreuz, Dr. Zienhoven, ist gestern aus Serbien auf der Rückkehr nach Belgrad mit dem übrigen Personal seiner Mission hier eingetroffen.

In der „Neuen Freien Presse“ äußert sich Dr. Zienhoven über die Gesundheitsverhältnisse in Serbien dahin, daß dort seit Herbst vornehmlich Diphtherie, Flecktyphus und Durchfallruhr herrschen. Den beiden ersten Krankheiten sind bereits viele Tausende erlegen, namentlich nach den Kämpfen um Valjevo, da die Leichen und Tierkadaver lange unbesorgt blieben und die wenig hygienisch eingerichteten Spitäler überfüllt waren. Binnen wenigen Wochen sind dem Flecktyphus 40 serbische und 28 fremdländische Ärzte, darunter zwei amerikanische, erlegen. In der Kaserne in Niich, wo die Gefangenen österreichisch-ungarischer Offiziere untergebracht sind, herrschen günstigere Verhältnisse bezüglich Reinlichkeit

und Hygiene, so daß dort auch Krankheiten nicht wütheten. Dagegen wurde in den Soldatenunterkünften sowie in den von serbischen Verwundeten belegten Spitälern ein verhältnismäßig großer Prozentsatz von Todesfällen festgestellt.

Der Seekrieg.

Vom Unterseebootkrieg.

Rotterdam, 12. März. (B. L. B.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Bissingen vom 11. März: Ein Schiffsboot mit der Bezeichnung Surrey (Soudou) ist auf der Höhe von Schouwenbant aufgefischt worden. Dasselbe Blatt berichtet aus London vom 11. März: Der Fischdampfer „Alexander“ aus Spangings behauptet, ein deutsches Unterseeboot versenkt zu haben. Es ist dasselbe Schiff, in dessen Nähe sich am 23. Februar das Periscope eines Unterseebootes verwickelt haben soll und dessen Kapitän aussagte, daß damals ein weißer Kumpf zum Vorschein gekommen und gesunken sei, worauf sich eine große Menge Del gezeigt habe.

Die letzte Tätigkeit des „Eitel Friedrich“.

New York, 12. März. (B. L. B.) Meldung des Neunterischen Bureaus. Der deutsche Hilfskreuzer „Prinz Eitel Friedrich“ landete in anderen Häfen die Befehle des britischen Dampfers „Charcas“ und der Bark „Kildatan“ sowie der französischen Bark „Jean“. „Prinz Eitel Friedrich“ nahm die „Jean“ nach der Osterinsel mit, wo er ihr dreitausend Tonnen Kohlen abnahm und sie dann zum Sinken brachte. Die Zollbehörden ersuchten den Kapitän des „Eitel Friedrich“, über die Zerstörung des „William Frye“ und etwaiger anderer amerikanischer Schiffe eine unterzeichnete Erklärung einzureichen. Sie ersuchten ihn ebenfalls um die Originale der Schiffsdokumente des „William Frye“. Der Kapitän des deutschen Hilfskreuzers, Thierstein, erklärte, er wolle sein Schiff nicht internieren lassen, sondern beobachtende, die Reise fortzusetzen. Wenn ihm die Regierung nicht die nötige Zeit für die Reparaturen verweigerte, 70 Passagiere des französischen Dampfers „Florida“ an Bord des „Prinz Eitel Friedrich“ wurden von der Einwanderungsbehörde als unerwünschte Einwanderer betrachtet; sie bleiben an Bord des Schiffes, bis die Regierung über ihr weiteres Schicksal Beschluß gefaßt hat. Der deutsche Marineattaché Kapitän Boyed traf hier ein und begab sich an Bord des „Prinz Eitel Friedrich“.

„Prinz Eitel Friedrich“ in einem amerikanischen Hafen.

London, 12. März. (B. L. B.) Reuter meldet aus New York, daß der deutsche Hilfskreuzer „Prinz Eitel Friedrich“ New York anliege, um erlittene Schäden auszubessern. Er hatte an Bord ungefähr 350 Personen, die er von in Grund gebohrten Schiffen übernommen hatte, nämlich von drei englischen, drei französischen und einem russischen Schiff, ebenso von einem amerikanischen, das vernichtet wurde, weil die Weizenladung als Konterhande bezeichnet wurde. Das amerikanische Schiff, das „William Frye“ hieß, führte Weizen von Seattle nach England. Die amtlichen Kreise in Washington behalten sich darüber bis zum Eingang eines amtlichen Berichtes ihr Urteil vor. Das größte vom „Prinz Eitel Friedrich“ versenkte Schiff ist der französische Dampfer „Florida“, der eine Besatzung von 78 Mann und 86 Passagieren an Bord hatte. Die anderen Schiffe sind im Vergleich damit klein. Auf eine Anfrage habe Präsident Wilson geantwortet, daß eine möglichst gründliche Untersuchung über den Vorfall angestellt werden soll. Alle Gefangenen des Hilfskreuzers „Prinz Eitel Friedrich“ sind freigelassen worden, mit Ausnahme von vier Personen, die sich verpflichteten, einen Revers zu unterschreiben, in dem sie sich verpflichteten, nicht die Waffen gegen Deutschland zu erheben. Der Kommandant des „Prinz Eitel Friedrich“ erklärte, daß er zur Ausbesserung der Maschinen und Kessel drei Wochen brauche. Die Behörden von Norfolk gegenüber dem Newport News sind beauftragt worden, den Umfang der notwendigen Reparaturen festzustellen. Die Zeit, die dem Hilfskreuzer zum Aufenthalt im Hafen bewilligt werden wird, hängt von ihrem Bericht ab.

London, 12. März. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Blätter melden aus New York, daß der deutsche

mit den Geschützen und beladenen Munitionswagen vor die Rampe. Ich traue, nur ein paar Leute fassen bei jedem Geschütz und jedem Wagen zu. Wird die schwere Kanone nicht die schräge Rampe hinunterrollen, darüber hinweg, in den Feldgraben hinein? Nichts dergleichen passiert. Ruhig, ohne Lärm, mit gelassener Selbstverständlichkeit meistern die Leute ihre Geschütze, Proben und Wagen. Ein, zwei Griffe in die Räder, das Fuhrwerk rollt auf die Rampe. Kaum gerät es infolge des eigenen Gewichtes in schnelle Bewegung, die im nächsten Augenblick zu latoinenartigem Rasen auszuwachen müßte, da reißt ein Mann mit bewunderungswürdigem Geschick die wuchtige Masse herum und lassen sie durch ihre eigene Kraft in die verhältnismäßig schmale Abfahrtsstraße hineinrollen.

Nicht lange dauert, die Pferde sind vorgespannt und schon sehen sich die Wagen, Pferde und Menschen, die eben erst den Eisenbahnzug verlassen haben, erneut in Bewegung; sie sind in der Gewalt des Magnetes, der sie über diese Chaussee und über jene Landstrassen in das Dorf D. hineinzieht.

Der dicht und anhaltend niederfallende Schnee erschwert den Verkehr auf allen Wegen. Schneefläge sind in Tätigkeit, aber sie können doch nur einen Teil der Verkehrsadern dauernd und genügend freigehalten. Die Räder schliddern auf den glatten Flächen. Manchmal müssen die Begleitmannschaften ein Abrutschen gegen die Brellsteine und Bäume oder in den Graben verhindern, indem sie sich auf der abschüssigen Seite mit aller Macht gegen den Wagen stemmen. Die Räder verschiedener Fuhrwerke sind mit Reifen versehen, aber ich sah mehr Reifen auf den Wagen und dahinter her schleifen als untergespannt. Die Reifen bewahren sich nicht so gut, wie man wohl vorausgesetzt hatte. Besonders eine Konstruktion erweist sich als wenig praktisch. Die Reifen bestehen aus schwerem, hart mit Eisen beschlagenem Holz. Ihr Gewicht macht sie unhandlich und, wie es scheint, schliddern sie leicht von der Seite. Nur diese Art von Reifen bewährte sich nicht. Eine andere Konstruktion, ein leichtes U-Eisen, bewährte sich nach meiner Wahrnehmung entschieden besser, und ich sah denn auch nicht, daß diese Reifen als Ballast mitgeschleppt worden wären.

Mit dem Schnee haben selbst die Autos ihre Mühe. Pustend und keuchend quälen sie sich durch, tropend den Anklammerungen und der einen Halt verjagenden Glätte, wenn es gilt, eine Steigung zu überwinden. Doch manchmal fallen sie einer Lücke zum Opfer. Der wehende Schnee hat ein Loch lose zugeschüttet; ahnungslos will das Kunstwerk menschlichen Geistes darüber hinwegfahren, es sinkt hinein und kommt nicht weiter. Erst müssen Schaufeln ihm den Weg ebnen. Zuweilen läßt die Natur ihre herrliche Gewalt spüren. Düw e I I, Kriegserbericht.

Stafkreuzer „Prinz Eitel Friedrich“ vor einem englischen Kreuzer nach Newport News flüchtete. Der englische Kreuzer verfolgte das Schiff, bis es territoriale Gewässer erreichte.

Amerika gegen die englisch-französische Blockade.

Frankfurt a. M., 12. März. (B. Z. V.) Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ berichtet „Daily News“ aus Washington: Nichtamtlich verlautet, daß Staatssekretär Bryan eine zweite Note an Frankreich und England gerichtet habe, worin er gegen die ineffektive Blockade Einspruch erhebt. Die Note sei in durchaus freundschaftlichem Tone gehalten, bestehe jedoch darauf, daß Amerika das Recht habe, mit anderen Ländern Handel zu treiben. Eine Einschränkung sei lediglich bei Konterbande erlaubt. So lange nicht eine dem Völkerrecht entsprechende Blockade durchgeführt sei, werde Amerika den Ueberseehandel wie gewöhnlich fortführen. Amerika befürchte, sagt „Daily News“, daß England jeden deutschen Export für Konterbande erklärt, jedoch glaube man, daß hinsichtlich einzelner Exportartikel Konzessionen gemacht werden. Amerika werde unter keiner Bedingung zulassen, daß aller deutscher Export als Konterbande erklärt werde, zumal amerikanische Kaufleute bereits große Abschlässe für deutsche chemische und Färbereiprodukte gemacht hätten.

Der türkische Krieg.

Vereitelter Angriff auf die Minensperre der Dardanellen.

Konstantinopel, 12. März. (Privattelegramm des Boljischen Telegraphen-Bureau.) Der Feind versuchte in der Nacht vom 10. zum 11. März unter dem Schutze von Kreuzern und Torpedobootzerflörern die äußerste Minensperre wegzuräumen, nachdem zuvor größere Schiffe die Scheinwerferstellungen wirkungslos beschossen hatten. Die Dardanellen-Batterien eröffneten das Feuer und versenkten drei Minensuchfahrzeuge, worauf sich der Gegner unrichtiger Sache zurückzog. Durch eine Unternehmung türkischer Seestreitkräfte ist in der Nacht zum 10. d. M. ein feindliches Transportschiff in der Nähe von Mytilene versenkt worden.

Lloyd George als Urheber des Dardanellen-Bombardements.

London, 12. März. (B. Z. V.) Nach einer Meldung des „Daily Chronicle“ aus Paris ist Lloyd George in einer Sitzung mit dem russischen und dem französischen Finanzminister zuerst mit dem Vorschlag einer Beschießung der Dardanellen hervorgetreten. Delcassé sei ebenfalls wie Grey dem Vorschlage beigetreten, da die Beschießung eine große diplomatische Bedeutung haben und die Neutralen zur Teilnahme am Kriege veranlassen würde.

Eine französische Stimme zur Dardanellen-Aktion.

Amsterdam, 11. März 1915. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der „Temps“ schreibt in einem Leitartikel: Die Verzwangung der Dardanellen habe bei aller Wichtigkeit nicht dieselbe Bedeutung wie die Ausschließungspolitik und die Kriegsoberation besonders auf dem westlichen Kriegsschauplatz, die entscheidend seien selbst für das Schicksal der Türkei, als der Fall Konstantinopels. Der „Temps“ fährt dann fort: Die Dardanellenunternehmung wird gelingen, weil wir nicht das Recht haben, jetzt, nachdem sie nun einmal begonnen hat, sie nicht auch zu Ende zu führen, und weil uns ferner unsere Hilfsquellen gestatten, auch dort zu kämpfen. Aber das hindert nicht, daß alles, was im Osten geschieht, zurücksteht hinter dem, was sich zwischen Nordsee und Belfort ereignet. Hier sind alle militärischen und moralischen Kräfte zu vereinigen. Die verbündeten Nationen hatten auf den verschiedenen Landestellen, auf die sich der Krieg ausgebreitet hatte, nicht immer die gleichen Interessen. Manche traditionellen Absichten im Orient werden an Bedeutung verlieren, Byzanz wird zum Durchgangshafen herabsinken. Es gibt historische Rechte, die unverjährbar sind, aber diese Probleme müssen dem Friedenslongreß vorbehalten bleiben. — Der „Temps“ betont zum Schluß die Wichtigkeit der Einigkeit und des Kampfeswillens der Verbündeten, jedoch läßt der Artikel ein Mißvergnügen darüber durchblicken, daß durch die Dardanellen-Expedition die Orientprobleme aufgerollt und die Balkanvölker futzig gemacht wurden.

Das französische Expeditionskorps nach den Dardanellen.

Paris, 12. März. (B. Z. V.) Amtliche Meldung der Agence Havas. Das in Nordafrika zusammengesetzte Expeditionskorps besteht zum Teil aus Kolonialtruppen, zum andern Teil aus Truppen, die aus dem Mutterlande kommen. Die Truppen unterstehen dem Befehl des Generals d'Amade, der durch seine Erfahrung in Expeditionen nach fernen Ländern für dieses Kommando bezeichnet war. General d'Amade hat namentlich dem englischen Feldzug in Transvaal beigewohnt. Ein Teil des Expeditionskorps ist augenblicklich nach dem Orient unterwegs, wo er sich zu den bereits in Aktion befindlichen Seestreitkräften und den von den Verbündeten aus Ägypten geschickten Kontingenten gesellen soll.

Eine Aktion der russischen Flotte.

Konstantinopel, 9. März. (B. Z. V.) (Verspätet eingetroffen.) Das Hauptquartier teilt mit: Während vorgestern unsere leichte Flotte damit beschäftigt war, eine Erkundungsfahrt an der russischen Küste zu unternehmen, bombardierte die russische Flotte die Häfen Kili, Jüngulda, Rodlou und Cregli. In Jüngulda wurden das französische Hospital und 15 Häuser des französischen Viertels zerstört. Das griechische Fahrzeug „Tafstara“ wurde im Hafen in den Grund gehoben. Ein feindliches Torpedoboot, das sich dem Hafen nähern wollte, wurde von dem Feuer unserer Batterien getroffen und zog sich zurück. In Cregli wurden 50 alte Holzhäuser im griechischen Viertel durch Granaten in Brand geschossen. Der Direktor einer russischen Schiffahrtsgesellschaft, welcher griechischer Nationalität ist, wurde verwundet, seine beiden Kinder und seine Frau wurden getötet. Ein italienisches Schiff und das Schiff „Reva“ wurden von den Russen genommen, ebenso die Fahrzeuge „Heibel“, „Ada“ und „Bressia“ und im Hafen versenkt. Die Besatzungen wurden getötet. Durch die Beschießung dieser vier Orte, welche sechs Stunden dauerte, wurden unter den Soldaten und den Einwohnern sieben Personen leicht verletzt.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

(Amtlicher Bericht.) Die verstärkte Budgetkommission des Reichstages beschäftigte sich am Freitag mit dem Etat des Reichsamts des Innern. Die Verhandlungen wurden durch einen eingehenden Bericht des Berichterstatters über die in Sachen der Volksernährung ergangenen Verordnungen eingeleitet. Der Staatssekretär des Innern legte dann in ausführlicher Weise die Entstehung und Entwicklung der gesetzgeberischen Maßnahmen auf dem Gebiete der Volksernährung sowie ihre Wirksamkeit dar.

In der Frage der Brotversorgung wurden die einzelnen Maßnahmen besprochen. Dabei wurde geltend gemacht, daß die landwirtschaftlichen Kreise nicht gehindert werden dürfen, von dem ihnen zustehenden Recht der Selbstbewirtschaftung ihrer Getreidevorräte nach § 29 Gebrauch zu machen. Die Kriegsgetreide-Gesellschaft solle hier noch weiter entgegenkommen, und die Behörden mehr die Selbstwirtschaft fördern. Dies sei besonders auch wegen der Meile wichtig, damit die Landwirte bei dem Mangel an Futtermitteln die aus ihrem Getreide ermahlene Meile möglichst zurückhalten. Betont wurde dabei auch die Wichtigkeit, nicht nur die großen und besonders die westlichen Mühlen durch die Kriegsgetreide-Gesellschaft zu beschäftigen, sondern mit Hilfe der Kommunalverbände dafür zu sorgen, daß auch die kleinen Mühlen mahlen können und ihre alte Kundenschaft verlieren. Von anderer Seite wurde gewünscht, daß die regelmäßige Versorgung der großen Zentren von der Kriegsgetreide-Gesellschaft möglichst bald endgültig in die Hand genommen würde, damit die Uebergangsschwierigkeiten ihr Ende fänden. Der Reichskommissar für Mehlversorgung legte die Tätigkeit der Kriegsgetreide-Gesellschaft und das bisher von ihr Erreichte dar und entwickelte ferner, wie sie die Versorgung vorzunehmen beabsichtige. Dabei wurde von einer Seite die Festsetzung allgemeiner Höchstpreise für Mehl und Brot gewünscht, demgegenüber aber auf die großen unüberwindlichen Schwierigkeiten hingewiesen, die Feststellung lokaler richtiger Brot- und Mehlpreise von einer Zentralstelle aus zu treffen. Die Kriegsgetreide-Gesellschaft soll ihre Mehlpreise für die ganze Versorgungszeit bis zum 15. August feststellen, doch läßt sich die Preishöhe selbst zurzeit infolge der vielen hineinspielenden unsicheren Faktoren nicht angeben. Da die Kriegsgetreide-Gesellschaft eine gemeinnützige Gesellschaft ist, die nicht auf Erzielung großer Gewinne hinstrebt, so wird der Mehlpreis so niedrig als möglich gehalten werden. Besonders gewünscht wurde, daß die Ergebnisse der jährlichen statistischen Erhebungen schneller verarbeitet und nutzbar gemacht würden.

In der Kartoffelfrage wurde darüber gellagt, daß man nicht schneller mit stärkeren Maßnahmen eingegriffen habe. Die vorübergehende Kartoffelnot in manchen Orten sei im wesentlichen jetzt beseitigt oder werde es binnen kurzem sein, wenn bei aufgehendem Wetter die Wälder geöffnet werden würden. Für die erhebliche Erhöhung der Preise für Speisekartoffeln, die von manchen Seiten als zu hoch bezeichnet wurden, wurde geltend gemacht, daß man keine anderen Mittel gehabt habe, um die Kartoffel gegen Verfühlung zu schützen und der menschlichen Ernährung vorzubehalten. Die Wichtigkeit der Frage ausreichender Versorgung der großen Bevölkerungszentren mit Kartoffeln während der Kriegszeit wurde von allen Seiten anerkannt, dabei auch auf die sehr großen Schwierigkeiten und beinahe Unmöglichkeit hingewiesen, mit einer allgemeinen Beschlagnahme der Kartoffelvorräte etwas wirksames zu erreichen. Es wird angestrebt werden müssen, bestimmte Kartoffelmengen in Ueberschußbezirken für die Konsumzentren festzulegen. Gegenüber der Erklärung der Staatsregierung, daß auf diesem Wege bereits Vorbereitungen eingeleitet seien, wurde der Wunsch nach schnellerer Durchführung erhoben.

Die Schwierigkeit, die erforderlichen Futtermittel zur Durchführung des nötigen Pferdebestandes wie des Rindviehbestandes und zur Aufrechterhaltung der Schweinezucht zu beschaffen, wurde von vielen Seiten beklagt und hierfür besondere Maßnahmen der Reichsregierung auch auf finanziellem Gebiete gefordert. Der Reichsfinanzminister sagte ein weitgehendes Entgegenkommen in dieser volkswirtschaftlich wichtigen Frage zu.

Eingehend wurde von den Rednern aller Parteien die Frage der Schweineabschlachtung besprochen. Die Notwendigkeit schleunigster Verminderung des hohen Schweinebestandes zur Sicherstellung der Kartoffelvorräte für die menschliche Nahrung wurde von der Kommission anerkannt. Von verschiedenen Rednern wurden weitgehende Maßnahmen zur energischen und beschleunigten Durchführung der Abschlachtung gefordert. Schweine von mehr als 45 Kilogramm sollten mit Ausnahme der Zuchttiere (Eber und Sauen) und der nachweisbar mit Abfällen durchgefütterten Tiere, zwangsweise abgeschlachtet, mäßige Höchstpreise festgesetzt und ein Verkaufszwang durchgeföhrt werden. Von anderer Seite wurde, da mangels von Futtermitteln der Schweinebestand von allein zurückgehen würde, vor überstürztem und planlosem Vorgehen gewarnt, eine Bekleinerung der Schweinebestandsaufnahme empfohlen und die Hexaufhebung der Ernteungsrichtpreise gefordert.

Die Lage der deutschen Zivilgefangenen in Frankreich.

In einer Eingabe an den Reichstag entwirft ein gewisser Dr. Kammergüter aus Strahburg sehr trübe Schilderungen über die Lage der in Frankreich befindlichen deutschen Zivilgefangenen. Der Verfasser der Eingabe verlangt vom Reichstag, er möge die Regierung veranlassen, daß außer den bereits internierten französischen Wehrfähigen auch die anderen noch in Deutschland befindlichen französischen Staatsangehörigen festgenommen werden sollen, um auf diese Weise einen Druck auf Frankreich ausüben zu können.

Diesem Wunsche ist die Regierung mittlerweile, zum Teil wenigstens, nachgegeben. Wie nämlich die „Tägliche Rundschau“ erzählt, hat das kaiserliche Amt dem Petenten vor einigen Tagen folgenden Bescheid gegeben:

Die von Ihnen angeregte Maßnahme, eine Anzahl wichtiger französischer Persönlichkeiten aus den von und besetzten französischen Gebieten festzunehmen, um bei der französischen Regierung die Freilassung der aus Esch-Lothringen verschleppten Reichsangehörigen zu erreichen, ist inzwischen zur Durchführung gebracht worden. Nachdem darauf die französische Regierung ihre Bereitwilligkeit zu einer Verständigung wegen der beiderseitigen Freigabe der sogenannten Geiseln zu erkennen gegeben hat, sind ihr von hier aus Vorschläge nach dieser Richtung gemacht worden, deren Annahme zu erhoffen steht.

Dichon über Deutschlands diplomatische Erfolge.

Paris, 12. März. (Z. U.) Die französische Presse, welche die militärischen Erfolge der Deutschen nach wie vor abzuleugnen sucht, macht hinsichtlich der diplomatischen Erfolge, welche Deutschland zum großen Leidwesen Frankreichs erringt, Zugeständnisse. So schreibt Dichon im „Petit Journal“, daß die diplomatischen Schritte Deutschlands in Italien die Entscheidung aufgehoben und kompliziert hätten. Gleichfalls hätte die deutsche Diplomatie Erfolge in Rumänien gehabt, wo sie die Anhänger einer Intervention durch ihre Argumente zu überzeugen wußte, neutral zu bleiben. Auch in Bulgarien hätte sie den Sieg davongetragen und ebenso in Griechenland, wo sie dem Volke unter Mitwirkung des Königs eine feinen Wünschen und Reigungen gerade entgegengelegte Politik aufdrängte. In die öffentliche Meinung Spaniens hätte sie Zweifel gesät und Persönlichkeiten gegen Frankreich, noch mehr gegen England, aufgewiegelt, die sich

auf der Seite des Dreiverbandes befinden sollten. Aber auch in den übrigen neutralen Ländern richte sie Verheerungen an. Mit Recht warne daher die englische Presse vor einem allzu großen Vertrauen zu einem demnächstigen und relativ leichten Sieg der Verbündeten.

Französisches Handelsverbot gegenüber Deutschland und Oesterreich.

Paris, 12. März. (B. Z. V.) Die Kammer hat das Gesetz angenommen, welches jede Handelsbeziehung mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn untersagt.

Die Lage der Juden in Galizien.

Genf, 12. März. (B. Z. V.) Zur Lage der Juden in Lemberg schreibt das in Paris erscheinende „Masche Slowo“: Die Lage der jüdischen Bevölkerung in Galizien ist furchtbar. Nach Erzählung des Vertreters der jüdischen Kolonisationsgesellschaft, Herrn Feinberg, ist in Lemberg nur die Armut zurückgeblieben. Die Reichen sind noch vor der Einnahme Lembergs nach Wien geflohen. Anderthalbtausend Familien erhalten täglich ein Brot im Werte von 13 Kopfen. Andere 1500 Familien erhalten 6 Rubel monatlich pro Familie, die übrigen täglich einige Kopfen. Um zu verstehen, welche Bedeutung eine solche Hilfe haben kann, muß man die unglaubliche Teuerung in Lemberg in Erwägung ziehen.

Kein Attentatsversuch gegen den König von Griechenland.

Berlin, 12. März. (B. Z. V.) Die kgl. griechische Gesandtschaft ist ermächtigt, die Nachricht von einem Attentat auf Seine Majestät den König der Hellenen zu dementieren. Der Meldung liegt einzig und allein die Tatsache zugrunde, daß ein Geisteskranker fortwährend um das königliche Palais herumging und daher zu seiner Festnahme Veranlassung gab.

Ausländerfragen in der Südafrikanischen Union.

Kapstadt, 12. März. (B. Z. V.) Sir David Graaff hat im Abgeordnetenhaus den Vorschlag für 1915/16 unterbreitet. Die gewöhnlichen Ausgaben werden mit 16 406 406 Pfd. Sterl. gegen 16 818 612 Pfd. Sterl. im Rechnungsjahr 1914/15 angegeben. Vorgezogen sind für Eisenbahn- und Gasbauten 13 408 090 Pfd. Sterl. gegen 14 481 781 Pfd. Sterl. im Vorjahr. Der Minister für öffentliche Arbeiten sagte, der Augenblick sei nicht günstig für die Einbringung einer Vorlage über die Naturalisation von Ausländern. General Smuts erklärte, 8039 feindliche Untertanen seien interniert, 405 entlassen worden, wobei Ärzte, Priester und alte und schwache Personen berücksichtigt wurden. Die Hauptschwierigkeit für die Regierung bestünde bezüglich der naturalisierten feindlichen Untertanen.

Unruhen in Malabar.

London, 12. März. (B. Z. V.) „Times“ melden aus Madras: Unter den mohammedanischen Pöplern im Distrikte Ernad in Malabar herrschte seit einiger Zeit Unruhe. Am Sonnabend wurde der Steuereinnahmer des Distrikts von einer Schar von Pöplern überfallen. Er entkam unverletzt. Die aufständischen Pöplern legten sich in einem Tempel fest. Als sie sich weigerten, sich zu zerstreuen, wurden fünf erschossen. Man glaubt, daß die Unruhe unterdrückt ist. Der Sekretär für Indien stellt fest, daß die Ordnung im Distrikt völlig wiederhergestellt sei. Der Aufstand sei bedeutungslos gewesen, die Bevölkerung habe den Behörden Hilfe geleistet. Die Pöplern seien besonders wilde Fanatiker.

Aufstand in Borneo.

Frankfurt a. M., 12. März. (B. Z. V.) Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Amsterdam: In Englisch-Borneo, das von mohammedanischen Dajakern bewohnt ist, ist ein Aufstand ausgebrochen. Wie das Reutersche Bureau meldet, wurden 500 Aufständische durch den Nachschon von Sarawah am Balleyflusse angegriffen, wobei die Dajakern 30 Tote, der Angreifer 4 Tote hatte.

Lohnbewegung in Südwales.

London, 12. März. (B. Z. V.) „Morning Post“ meldet aus Cardiff: Die Besitzer der Kohlengruben in Südwales haben den Arbeitern, um Lohnvertritten zu vermeiden, für die Dauer des Krieges ein neues Lohnabkommen angeboten.

Letzte Nachrichten.

„Prinz Eitel Friedrich“ in Reparatur.

New York, 12. März. (B. Z. V.) (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die Neutralitätsbehörde befürwortete, daß der deutsche Hilfskreuzer „Eitel-Friedrich“ die Erlaubnis erhalten solle, Reparaturen vorzunehmen, um das Schiff unter Aufsicht der amerikanischen Marinebehörden seetüchtig zu machen.

Die Beute des „Prinz-Eitel-Friedrich“.

Amsterdam, 12. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Reuters Bureau meldet aus Panama, daß 40 Mann von den durch „Eitel-Friedrich“ niedergebohrten Dampfern „Silbaldon“ und „Jean“, welche auf der Osterinsel zurückgelassen waren, mit dem Dampfer „Nordic“ angekommen sind.

Eine weitere Meldung aus Newportnews besagt, daß als „Eitel-Friedrich“ gestern ins Dock gebracht wurde, die Mannschaften der niedergebohrten britischen, französischen und russischen Schiffe gelandet wurden. Kapitän Thieridens soll nach Washington gemeldet haben, daß die Reparaturen höchstens 1 Woche erfordern. Die Passagiere der vernichteten Schiffe bleiben an Bord des Hilfskreuzers.

Die chinesisch-japanischen Verhandlungen.

Kopenhagen, 12. März. (B. Z. V.) Nach der „Nawoje Bremen“ vom 8. März hat der chinesische Bevollmächtigte Lu Tschian das eventuelle Einverständnis der chinesischen Regierung mit der Verlängerung des Schantungvertrages in Schantung, der Uebergabe deutscher Rechte in Schantung und der Erlaubnis der Investierung japanischen Kapitals in Eisenbahnen erklärt. Dagegen wurden das Verlangen nach Bauung der Eisenbahnen in der Südmandschurei und die Gewährung von Vorrechten im Innern der Mandschurei abgelehnt.

In der Provinz Anhui besteht eine Bewegung zum Kauf japanischer Rechte aus Bergbaurechten.

Schweres Eisenbahnunglück in Spanien.

Genf, 12. März. (B. Z. V.) Wie hiesigen Zeitungen aus Madrid gemeldet wird, entgleiste der Personenzug, der zwischen Vigo und Madrid verkehrt, in Murien. Zwei Personenwagen und der Gepäckwagen wurden zerstört. 18 Personen wurden getötet, unter ihnen der Direktor und die Mitglieder eines Wandtheaters.

Politische Uebersicht.

Wie sieht's mit der Neuorientierung der inneren Politik?

Wie wir schon gestern andeuteten, verschließen sich selbst bürgerliche Parteien nicht der Notwendigkeit, daß die Regierung ihre bloßen Versprechungen einer Prüfung der inneren Politik nach dem Kriege zu bestimmt formulierten Zusagen verächtlichen müsse, wenn sie das Vertrauen verdienen wolle, das sie selbst von den Parteien verlange.

Wollte man jetzt fragen, deren Erledigung nicht dringlich ist, die aber strittig sind, zur gesetzgeberischen Behandlung bringen, so wäre ein Wiederauflauern der parteipolitischen Gegensätze unabweislich. Deshalb ist ein wahrer Burgfriede nur möglich, wenn alle diese strittigen Angelegenheiten für den Augenblick von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Das ist so deutlich gesprochen, wie man es nur wünschen kann, um vor Illusionen bewahrt zu bleiben. Genosse Haase hat es im Reichstage schon mit Recht als „Unfug“ bezeichnet, unter Verfang auf den Burgfrieden die Verleugnung der eigenen politischen Grundsätze zu verlangen.

Keine Erörterung der Friedensbedingungen.

Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ bringt an der Spitze der Freitagabend erschienenen Nummer folgende offiziöse Erklärung:

„In einer gemeinsamen Eingabe des Bundes der Landwirte, des Deutschen Bauernbundes, des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des Bundes der Industriellen, des Danfabundes und des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes an den Reichstag, wird die Forderung erhoben, daß die Erörterung der Friedensbedingungen möglichst bald freigegeben werde.“

Diese Gegenüberstellung beweist nichts gegen unsere Darlegung, da wir selbst nichts fehnlicher wünschen, als jenen einzigen kraftvollen Willen ungebrochen und gegen jedes Mißverständnis unserer Feinde und der Neutralen gesichert zu erhalten — bis zum Aeußersten.

Unsere Stellung zu der Unterbindung der Friedenserörterungen ist bekannt. Wir hoffen, daß in der Budgetkommission und im Plenum des Reichstages sich eine Mehrheit für die Anträge unserer Fraktion finden wird, die dem jetzigen Zustande durch Gesetz ein Ende machen sollen.

Der „Deutsche Kurier“ hat uns übrigens völlig mißverstanden, wenn er schreibt:

„Man darf wohl hoffen, obwohl „D.Z.“ und „Vorwärts“ einträchtiglich abzuwiegen suchen, daß die Eingabe Berücksichtigung findet, und daß zum mindesten die Erörterung der Friedensbedingungen so rechtzeitig freigegeben wird, daß das Volk auch wirklich noch mitreden kann.“

Wir haben uns gestern gegen die Annahmewünsche der erwähnten Eingabe und der „Post“ gewandt, aber von jeher für die Freigabe der Kriegszieleörterungen.

Zensurwirkungen.

In der „Post“ veröffentlicht Freiherr v. Jeditz eine zeitgemäße Erinnerung, in der er kurz skizziert, wie Bismarck im Jahre 1865 die Erbprinzessin Schleswig-Holstein der Kontrolle Preußens unterwarf, ohne daß eine direkte Angeleiderung erfolgte. Der Leser, der die ersten 30 Zeilen der Jeditz'schen Notiz liest, wird sich den Kopf zerbrechen: Ja, was soll denn diese zeitgemäße Erinnerung eigentlich? Die nächsten 10 Zeilen geben dann den Ausschluß:

„Diese Bismarck'sche Grenzlinie zwischen den Souveränitätsrechten, welche an Preußen übergehen, und denen, welche Schleswig-Holstein verbleiben sollten, war, wie dies bei Bismarck ja stets

der Fall war, den tatsächlichen Verhältnissen auf den Leib zugeschnitten. Insbesondere war es dafür maßgebend, daß es sich um ein Land mit deutscher Bevölkerung und deutschem Herrscherhause und ein vollberechtigtes Glied des deutschen Bundes handelte. Der Bismarck'sche Vorgang wird daher auch nicht ohne weiteres als Vorbild für die Lösung ähnlicher Aufgaben dienen können, bei seiner Verwertung wird vielmehr ganz im Bismarck'schen Sinne der Verschiedenheit der tatsächlichen Verhältnisse voll gerecht zu werden sein.“

Also: wenn Deutschland nach Abschluß dieses Krieges an die Lösung ähnlicher Aufgaben, d. h. die Angliederung fremdsprachiger Gebiete herantreten sollte, müßte nach den Wünschen des Herrn v. Jeditz diesen Gebieten nur eine ganz geringe Selbständigkeit eingeräumt werden. Wir würden die Verführung spüren, gegen diese Auffassung des Herrn v. Jeditz zu polemisieren, wenn uns nicht ein anderer Gedanke näher läge: welsch merkwürdigen verschlungenen Pfade muß heute die Presse wandeln, um ihre Anschauungen trotz der bekannten Gemüths zum Ausdruck zu bringen.

Kein Entgegenkommen!

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ hatte es bekanntlich bemängelt, daß „der Kultusminister dem Beschlusse des Sozialdemokraten Gaenisch zur vaterländischen Sache nicht genügend gerecht geworden, sondern mit nichtsfagenden Worten darüber hinweggeglitten sei.“

Es soll auch von uns nicht verkannt werden, daß in der Rede des Herrn Gaenisch patriotische Töne anklängen, wir meinen aber doch, daß es in dieser Zeit am Ende Pflicht eines jeden, auch eines Sozialdemokraten, ist, für das Vaterland einzutreten, und wir vermögen schwer zu erkennen, weshalb von Seiten der staatlichen Behörden gegenüber einem Sozialdemokraten, wenn er dies tut, jedesmal ein besonderes Verdienst, eine besondere Anerkennung und eine besondere Belobigung konfirmiert werden soll. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß schon jetzt, auch von Seiten staatlicher Behörden, gelegentlich zu viel Besens von einer solchen selbstverständlichen Haltung einzelner Sozialdemokraten gemacht wird, der schließlich ja auch recht erhebliche Ausnahmen gegenübersehen, die wir noch alle in Erinnerung haben.

Zum Majestätsbeleidigungsprozeß in Gotha.

Gegen das Urteil der Gothaer Strafkammer, das den Genossen Geithner wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt hat, ist Revision eingelegt worden. In der Verhandlung lehnte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Rebi-Frankfurt a. M., im Auftrage des Angeklagten zwei Weisungen ab, weil diese gegen Geithner wegen einer Kritik eines Urteils Strafantrag gestellt hatten.

Brotkarten für das ganze Reich.

Die Regelung des Brotverkaufs durch Verwendung von Brotkarten wird nunmehr für das ganze Reich vereinheitlicht werden. Durch den Reichskanzler und den preussischen Minister des Innern ist die Anordnung ergangen, daß die Brotkartenkontrolle ausnahmslos für das ganze Reich, Städte sowohl wie Landgemeinden, bis zum 15. März erlassen werden muß.

Kriegsfragen im heftigen Landtag.

Mit den wirtschaftlichen Maßnahmen anlässlich des Krieges befaßte sich der Finanzausschuß der Zweiten heftigen Kammer. Es lag u. a. eine Anfrage des Abg. Hartmann (Soz.) vor, der die Regierung ersucht, alle Kartoffelvorräte beschlagnahmen zu lassen und ähnlich wie beim Brot, für jede Person ein Mindestquantum festzusetzen. Der Minister des Innern erklärte, daß die heftige Regierung sich im Bundesrat für die Beschlagnahme der Kartoffelvorräte aussprechen werde.

Kein Zwang zur Goldablieferung.

Amlich wird gemeldet: Gegenüber Gerüchten über bevorstehende Zwangsmahregeln zur Einziehung des im deutschen Umlauf befindlichen Goldes für die Reichsbank verweisen wir auf die von dem Staatssekretär des Reichsschatzamts in der Reichstagsitzung vom 10. März abgegebene Erklärung, in der er als besonders erheblich hervorhob, daß der erhebliche und fortgesetzte Zuwachs der Reichsbank an Gold sich auf dem Wege durch freiwilliger Vorkaufungen vollzogen hat.

Staatliche Monopolisierung des Versicherungswesens?

Die „Deutsche Warte“ will erfahren haben, daß der neue Reichsschatzsekretär für den Neuaufbau des Reichsfinanzwesens in erster Reihe ein Monopol auf dem Gebiete des Versicherungswesens plant.

Majestätsbeleidigungsprozeß gegen einen russisch-polnischen Landarbeiter.

Der Landarbeiter Lubwitsch, der seit zwei Jahren auf dem Gute Lohwitz, Kreis Wehlau i. Schl., tätig ist, hatte sich zweimal nach einem Siege der deutschen Truppen über die Russen einen

Kausch angetrunken und dann ungebührliche Bemerkungen über Wilhelm II. gemacht. Das führte ihn auf die Anklagebank. Von der Strafkammer in Plessau wurde er, obwohl ihn sein Arbeitgeber als ordentlichen und fleißigen Arbeiter bezeichnete und obwohl der Beschuldigte angab, von dem Vorgefallenen keine Ahnung zu haben, unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu einem Jahre und drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Wirren in Mexiko.

Rom, 12. März. (W. L. V.) Die Agenzia Stefani meldet aus Mexiko vom 11. März: In der Nacht hat General Obregon mit seinen sämtlichen Truppen die Hauptstadt verlassen. Bereits am Morgen darauf sind die Zapatisten in die Stadt eingezogen. Die Bevölkerung ist mit dem neuen Zustande zufrieden. In der Stadt herrscht Ruhe.

Aus der Partei.

Ein Schritt des Parteivorstandes in Stuttgart.

Im „Sozialdemokrat“, dem Mitteilungsblatt des (alten) Sozialdemokratischen Vereines Stuttgart, lesen wir:

Die Vertreter des Parteivorstandes, Genossen Braun und Müller, haben am Sonnabend, den 27. Februar, Bücher, Karte und Belege des Sozialdemokratischen Vereines Stuttgart revidiert. Vertreter des Landes- und Kreisvorstandes, wie der Parteileitung wohnten der Revision bei. Die Vertreter des Parteivorstandes haben zugesagt, ihr schriftliches Protokoll der Parteileitung zur Verfügung zu stellen. Wir werden es, sobald es vorliegt, unseren Genossen zur Kenntnis bringen.

In der nachfolgenden Aussprache der Parteivorstandesmitglieder mit den Vertretern der Parteileitung erklärten beide Parteivorstandesmitglieder, daß der Parteivorstand einstimmig den neuen „Sozialdemokratischen Vereinen Stuttgart“ nicht anerkenne. Die Vorschläge des Parteivorstandes zur Beilegung der Differenzen werden in aller nächster Zeit den Parteigenossen zur Entscheidung unterbreitet werden. Bemerk sei nur noch, daß die Versuche der Kreisvorstandsmitglieder und des Landesvorstandes, den alten Sozialdemokratischen Vereinen als außerhalb der Partei stehend zu erklären, als völlig statutenwidrig und widersinnig kurz zur Seite geschoben wurden.

Aus dem Bureau des Parteivorstandes schreibt man uns hierzu:

Der vorstehende Bericht des Mitteilungsblattes des alten sozialdemokratischen Vereines Stuttgart ist einseitig und unvollständig und daher irreführend. In der Besprechung, die mit dem Vorstand des alten Stuttgarter Vereines am 27. Februar über die vom Parteivorstand gemachten Einigungsversuche stattfand, erklärten die Genossen Braun und Müller, daß die für den Zweck der Verwendung der Gelder durch den alten sozialdemokratischen Vereinen in Stuttgart das Vorgehen der Bezirke Pangelbach und Prag bis zu einem gewissen Grade als berechtigt erscheinen lasse, wenn auch die Gründung des neuen sozialdemokratischen Vereines Stuttgart deshalb nicht zu billigen sei. Der Parteivorstand habe den neuen Vereinen nicht anerkant, weil an einem Ort nicht zwei Ortsvereine bestehen dürften. Bei dieser Gelegenheit wurde dem Parteivorstand mitgeteilt, daß sich inzwischen die in Opposition zum württembergischen Landesvorstand stehenden Genossen auf einer Landeskonferenz zusammenschlossen und eine provisorische Landeskommission eingesetzt hätten. Die Mitglieder des Parteivorstandes ließen keinen Zweifel darüber, daß der Parteivorstand auch diese provisorische Landeskommission nicht anerkennen würde. Inzwischen ist dem alten Stuttgarter Ortsverein mitgeteilt worden, daß der Parteivorstand es ablehne, über den Weg dieser Landeskommission mit Parteiorganisationen und Parteigenossen Württembergs in Verbindung zu treten. In der Besprechung wurde weiter mitgeteilt, daß der alte Stuttgarter Ortsverein die dem Parteivorstand zugehenden Beiträge abführen wolle, es aber ablehne, die dem Kreisvorstand und dem Landesvorstand zugehenden Prozente an diese abzuliefern. Die Mitglieder des Parteivorstandes ließen keinen Zweifel darüber, daß der Parteivorstand es ablehnen würde, auf diesen Vorschlag einzugehen. Der Zusammenhang des alten Stuttgarter Vereines mit der Gesamtpartei könne nur auf dem im Organisationsstatut vorgeschriebenen Wege über den Kreisvorstand und den Landesvorstand aufrechterhalten werden. Dies muß mit aller Deutlichkeit öffentlich festgesetzt werden, weil inzwischen am 6. März auch in Eßlingen der Versuch gemacht worden ist, den Esslinger Ortsverein von der württembergischen Landesorganisation loszureißen.

Der Parteivorstand wird die Entscheidung der Stuttgarter Genossen über seine Einigungsversuche abwarten und dann seine weiteren Maßnahmen treffen.

Der Vorstand wird alles tun, um die Zerreißung der württembergischen Landesorganisation zu verhindern, und erwartet, darin die Unterstützung aller Genossen zu finden, die sich ein parteigenössliches Empfinden bewahrt haben.“

Max Stöhr.

In St. Louis im Staate Missouri in Amerika starb ein alter Vorämpfer unserer Bewegung, Max Stöhr, der Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre einer der populärsten Redner des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereines war, verstarb am 2. Februar. Stöhr war in Chemnitz geboren, wo er Maschinenbauer wurde. Kaum aus der Lehre entlassen, schloß er sich dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein hufschelischer Richtung an. Ende der sechziger Jahre kam er nach Kiel, wo er sich durch seine geradezu glänzende Rednerei bald viele Freunde erwarb. Die Verschmelzung der beiden Richtungen machte er mit, als aber ein Teil der hufschelischen Richtung wieder absparg, blieb Stöhr in der Schweißerischen Gruppe. Anfang der siebziger Jahre agitierte er viel in Schleswig-Holstein. Eine Ende 1871 gehaltene Rede brachte ihm eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung. Acht Monate Gefängnis mußte er wegen dieser Rede in Hameln verbüßen. Bald nach den Wahlen von 1874 besorgte ihm ein guter Freund eine Arbeitsstelle in einer Berliner Maschinenfabrik. Er wurde nur unter der Bedingung eingestellt, daß er regelmäßig arbeite und nicht öffentlich rede.

Im sechsten schleswig-holsteinischen Wahlkreise wurde Stöhr 1875 zum Reichstagskandidaten anberufen. Einige Male nahm er sich Urlaub in seiner Fabrik und sprach dann in den größeren Orten des Kreises, aber Ende 1876 gab er seine Arbeit ganz auf, um sich nun in dem ausgedehnten Kreise ganz der Agitation zu widmen. Er kam 1877 zwar in die Stichwahl, aber es gelang doch nicht, den Kreis zu erobern. Jetzt gründete Stöhr ein kleines Zeitwarengeschäft in Ottenfen und widmete sich nebenbei voll der Agitation. Auch 1878 gelang es nicht, das Mandat zu ertingen. Als nach Erlaß des Sozialistengesetzes das dreimal wöchentlich erscheinende „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ verboten und an dessen Stelle die sechsmal wöchentlich erscheinende „Gerichts-Zeitung“ herausgegeben wurde, wurde Stöhr Mitarbeiter dieses Blattes. Am 28. Oktober 1880 wurde der Belagerungszustand über Hamburg und Umgegend verhängt. Zu den ersten Ausgewiesenen gehörte

Sticht. Er zog dann mit diesen Leidensgenossen über das Weltmeer. Auch in der neuen Heimat wirkte er für seine alten Grundzüge.

Am 6. Februar wurden die Ueberreste des einst so mutigen Kämpfers beisetzt. Bei der Beisetzfeier sprach auch Georg Winter, der Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre einer der populärsten Agitatoren des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Gründer des größten Teiles der Mitgliedschaften in Schleswig-Holstein und Vizepräsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins war.

Gewerkschaftliches.

Maßregelungen während des Krieges.

Der Textilarbeiterverband sieht sich genötigt, vom 1. April 1915 an die bei Kriegsausbruch abgeschaffte Gemahregelungen wieder einzuführen. Die Unterstützung soll nur dann gezahlt werden, wenn die Entlassung vom Vorstand als Maßregelung anerkannt wird. Der Vorstand des Textilarbeiterverbandes bedauert es, daß sich die Einführung einer Unterstützung notwendig gemacht hat, die eigentlich in der Zeit des Burgfriedens überflüssig sein sollte. Aber seit einiger Zeit mehrten sich die Klagen über rücksichtsloses Vorgehen mancher Unternehmer bei der Verschlechterung von Lohn- und Arbeitsbedingungen und über die Maßregelung von Mitgliedern der Arbeiterchaft zu vertreten. Der Vorstand des Textilarbeiterverbandes veranstaltete deswegen eine Rundfrage bei den Ortsvereinigungen darüber, wie die Unternehmer es mit dem Burgfrieden halten. Diese Rundfrage hatte leider kein erfreuliches Ergebnis. Neben einer größeren Zahl von Orten, an denen nur einzelne Maßregelungen vorgekommen sind, wurden andere Orte bekannt, wo — wie in Stuttgart — bis zu 8 Maßregelungen vorliefen. Und was für Entlassungsgründe spielten dabei mit! Einem Vertrauensmann wurde gekündigt, weil die Arbeiter sich den Wegfall des Ueberstundenzuschlages bei Kriegsausbruch nicht gefallen lassen wollten. Auf Grund einer Notiz in der Presse drohte dieselbe Firma mit der Entlassung aller Organisierten. Eine andere Firma entließ die einzige organisierte Arbeiterin, deren Mann im Felde steht und die zwei Kinder zu versorgen hat. Der Grund zur Entlassung war, daß die Arbeiterin, um ihre Kinder versorgen zu können, sich vor und nach Weihnachten ausbezahlte, Ueberstunden nicht bis 8, sondern nur bis 7 Uhr machen zu müssen. Eine dritte Firma entließ eine Arbeiterin, weil sie organisiert war und an einer Versammlung arbeitsloser Textilarbeiter teilgenommen hatte, welche die Veröffentlichung solcher Firmen besah, die ihre Arbeiter ohne Kündigung fortzuschicken. Ein Vertrauensmann wurde in bekannter Weise als „Geher“ entlassen.

Alle diese Tatsachen nötigten den Textilarbeiterverband, Schutzmaßnahmen zu schaffen für diejenigen Mitglieder, die im Auftrage ihrer Kollegen und Kolleginnen oder im Auftrage einer Versammlung handelnd, die Interessen der Arbeiterchaft im Lohn- und Arbeitsverhältnis wahrzunehmen haben. Diesem Schutz soll die wieder eingeführte Gemahregelungen-Unterstützung dienen.

Berlin und Umgegend.

Ein Konflikt in der Tornisterwerkstatt von H. Wertheim.

Die Firma A. Wertheim beschäftigt etwa 600 Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Herstellung von Tornistern. In diesem Betriebe erfolgte gestern eine Arbeitsniederlegung einzelner und darauf die Entlassung der übrigen. Der Anlaß dazu wurde in einer Besprechung der ausgetretenen Arbeiter und Arbeiterinnen folgendermaßen dargestellt: Als die Wertheimische Tornisterwerkstatt einen größeren Umfang angenommen hatte, wählten die Arbeiter einen Ausschuß, der vorkommende Differenzen über Lohnfragen und dergleichen mit der Firma regeln sollte. Doch der Geschäftsführer Regal wollte mit dem Arbeiterausschuß nicht verhandeln und ihn überhaupt nicht anerkennen. Das erregte Unwillen bei den Arbeitern. Auch die Entlohnung gab Anlaß zu mancherlei Unzufriedenheiten. Als Ingerichtigkeit wird es empfunden, daß die Akkordlöhne der Arbeiterinnen um 25 Prozent niedriger sind als die Akkordlöhne, welche den männlichen Arbeitern für dieselben Arbeiten bezahlt werden. Die Löhne sind im allgemeinen niedriger als in manchen anderen Betrieben der Tornisterbranche. Die früher gezahlten höheren Löhne sind später herabgesetzt worden. So erfolgte neuerdings ein Abzug von 33% Proz. auf die bisherigen Löhne. Diese Lohnherabsetzung suchte der Geschäftsführer zu rechtfertigen unter Berufung auf den kürzlich abgeschlossenen Sattlerarif, dessen Annahme die Militärbehörde verlangte. Das alles hat lebhafteste Unzufriedenheit unter den Arbeitern und Arbeiterinnen erregt und die Stimmung erregt, die nun aus einem so sich geringfügigen Anlaß zu dem gegenwärtigen Konflikt führte. Einem Akkordarbeiter wurde Entlassung in Aussicht gestellt, weil er an einem Tage weniger als sonst fertiggestellt hatte. Der Arbeiterausschuß, der diese Differenz regeln wollte, wurde abgewiesen. Darauf forderten und erhielten die Ausschußmitglieder ihre Entlassung. Als sich die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen mit ihrem Ausschuß solidarisch erklärten, erhielten sie sämtlich ihre Entlassung. — Es handelt sich also — wie betont wurde — nicht um einen Streik, aber die Entlassungen sind entschlossen, bei der Firma A. Wertheim nicht wieder einzutreten, wenigstens nicht zu den um 33% Proz. herabgesetzten Löhnen. Den Beteiligten wurde empfohlen, sich in anderen Betrieben Arbeit zu suchen.

Es handelt sich um Arbeiter und Arbeiterinnen der verschiedensten Berufe, die während des Krieges zur Tornisterarbeit übergegangen sind. Sie sind — wie in der Besprechung betont wurde — alle organisiert, es fehlt aber bei dem gegenwärtigen Konflikt keine Organisation hinter ihnen, sondern sie gehen auf eigene Verantwortung vor.

Die Vergarbeiter im Jahre 1914.

Die „Vergarbeiterzeitung“ sowie das Organ des Gewerkschaftsvereins Vergarbeiter, der „Vergarbeiter“, bringen in ihren letzten Nummern die Geschäftsergebnisse ihrer Verbände für das Jahr 1914. Ihnen entnehmen wir das Folgende. Es betragen im Geschäftsjahre im

Vergarbeiterverband	Gewerkschaftsverein	Arbeitslosen
1 580 554,80	982 407,62	3 055,45

Im Vergarbeiterverband sind die Beiträge im Jahre 1914 gegen das Vorjahr um 305 146 M. oder um 16,17 Proz. zugenommen. Wie der Verbandsvorstand mitteilt, stehen mehr als 30 000 Mitglieder im Felde, der Rückgang der Mitglieder infolge des Krieges beträgt rund 40 Proz. Wenn die Beitragseinnahmen nur um 16,17 Proz. sich verringerten, so erklärt sich das daraus, daß sich der Rückgang nur auf die sechs Kriegsmomente 1914 bezieht. Die Beiträge für Juli wurden im Monat August abgerechnet, ihre Höhe wurde also schon vom Kriege beeinflusst.

Dabei war im Vergarbeiterverband einen durch den Krieg verursachten natürlichen Rückgang der Mitgliedschaft zu berücksichtigen, ist es im Gewerkschaftsverein arbeitsloser Vergarbeiter umgekehrt! Hier haben sich die Beiträge im Geschäftsjahre gegen das Vorjahr um 18 098 M. erhöht. Auf einen Mitgliederzuwachs ist diese Beitragserhöhung aber nicht zurückzuführen, denn schließlich sind auch Mitglieder des Gewerkschaftsvereins zu den Beiträgen eingezogen worden, und es ist be-

kannt, daß der Gewerkschaftsverein seit mehreren Jahren in ständigem Rückgang begriffen ist. Eine Beitragserhöhung hat im Jahre 1914 auch nicht stattgefunden; wir können uns die Steigerung der Beitragseinnahmen in der christlichen Organisation also nicht erklären.

Ein Unterfüttingen wurden im Geschäftsjahre gezahlt im

Vergarbeiterverband	Gewerkschaftsverein
22 061,59 M.	94 845,53 M.
an Sterbegeld	80 168,—
Arbeitslose	7 098,90
Kranke	157 049,40
Kriegsunterfütting	10 000,—
Summa 1 166 800,29 M.	335 559,83 M.

Die Kriegsunterfütting in Höhe von 702 384,30 M., die der Vergarbeiterverband geleistet hat, wurde an die Angehörigen der im Felde stehenden Verbandsmitglieder ausgezahlt, die 10 000 M. Kriegsunterfütting des Gewerkschaftsvereins dem Kriegsleidenden überliefen. Wie bei den Arbeiterverbänden im allgemeinen, so zeigt sich auch bei den Vergarbeiterorganisationen das typische Bild, daß die freien Gewerkschaften in dieser Kriegszeit den vom Kriege Betroffenen die beste Hilfe angedeihen lassen. Ohne die Auszahlung der gewaltigen Unterfüttingssummen durch die freien Gewerkschaften stände es um die deutsche Arbeiterchaft recht traurig, da die übrigen Gewerkschaftsrichtungen über zu wenig Vermögen verfügen, als daß sie den vom Kriege Heimgekehrten eine kräftige Stütze sein könnten. Die stärkste christliche Gewerkschaft, die der Vergarbeiter, hätte allerdings vielleicht etwas tiefer in den Beutel greifen können; sie hat einen Vermögensbestand, der sie befähigt, während des Krieges nicht nur mit Worten, sondern mit Taten und Opfern aufzutreten.

Der Zimmerer-Verband hatte am 27. Februar von 52 947 Mitgliedern 24 516 oder 46,30 Prozent im Felde stehen. Als gefallen gemeldet waren bis zum 9. März 766 Mitglieder. Arbeitslos waren am 27. Februar 3709 Mitglieder, dagegen standen 24 003 Mitglieder in Arbeit und 717 Mitglieder waren krank.

Ausland.

Kriegswirkungen in Australien.

Die Arbeitslosigkeit wird in Australien immer bedrohlicher. Allein in Melbourne stellte das Gewerkschaftsamt 3000 arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder fest. 800—400 Obdachlose übernachteten ständig unter einzelnen Brücken der Stadt. Die Farmer sind ebenfalls schwer betroffen, besonders durch Dürre und Mittern. Es fehlt ihnen an Saat, sobald die Regierung gezwungen war, ihnen von Staats wegen Vorräte zu geben. Dadurch soll ihnen ermöglicht werden, Futter zur Durchhaltung des Viehes sowie die nötige Aussaat zu beschaffen.

Der falsche Bürgermeister.

Am Donnerstag begann vor dem Schwurgericht des Landgerichts Köslin die Verhandlung gegen den früheren Kreis- und städtischen Ausschußmitglied Heinrich Thormann. Bekannter ist er unter dem Namen

Bürgermeister Dr. Alexander

geworden. Dieses Amt hat er durch eine Reihe straffbarer Handlungen in Köslin erfüllt. Unsere Leser entsinnen sich der Nachricht von der Verhaftung des falschen Bürgermeisters, der früher als Kreisassistent Thormann im Kreise Niederbarnim figuriert hat, dort Unterschlagungen beging, zu 4000 M. Geldstrafe verurteilt und aus dem Amt entlassen wurde. Dann nahm er den Namen Alexander an, ernannte sich zum Doktor und Assessor, erhielt verschiedene Amtsstellungen, zuletzt die eines Bürgermeisters in Köslin. Auf einer Reise nach Berlin wurde er dann verhaftet. Ähnlich sind ihm wegen einiger Betrugsfälle von dem Landgericht Köslin 1 Jahr 4 Monate Gefängnis auferlegt. In dem jetzigen Schwurgerichtsprozeß handelt es sich um die juristische Vertretung der Umwandlung des ehemaligen Kreisassistenten Thormann in den Bürgermeister Dr. Alexander und um eine Reihe mit dem Namenswechsel in Zusammenhang stehender Straftaten. Die Anklage legt dem Angeklagten zur Last, durch gefälschte Papiere sich die Stellung eines Bürgermeisters in Köslin und Vermögensvorteile verschafft zu haben. Wegen Urkundenfälschungen, mehrfacher Betrugsfälle, Meineide, Fälschung eines falschen Namens und unbefugter Annahme der Doktorwürde hat sich jetzt Thormann-Alexander zu verantworten.

Ueber die Verhandlungen von gestern und vorgestern geht uns der nachstehende telegraphische Bericht zu.

Vernachung des Angeklagten.

Auf die Frage des Vorsitzenden: Angeklagter Thormann, bekennen Sie sich der Ihnen zur Last gelegten Straftaten oder einzelner von ihnen schuldig? erklärt der Angeklagte mit großer Bestimmtheit: In keinem einzigen Falle bekenne ich mich schuldig. Thormann schildert eingehend seine Lebensgeschichte. Er habe bis zum 11. Jahre die Volksschule besucht. Später habe er dem Vater eines befreundeten Studenten der Theologie nachgegeben und sich unter dem Namen dessen kurz vorher verstorbenen Bruders den Berechtigungsschein zum einjährig-freiwilligen Militärdienst beschafft. Sein Gehirng sei nunmehr auf das Abiturientenexamen gerichtet gewesen. Thormann will auch dieses Examen unter dem angenommenen Namen lausächlich bestanden haben. Er will auch in der Folgezeit unter einem angenommenen Namen sich bei der Berliner Universität haben immatrikulieren lassen, die Kollegen der Rechts- und Staatswissenschaften und der Nationalökonomie besucht haben, wofür ihm Landestraf von Köslin und Erlaubnis gegeben habe. Schließlich habe er den rechtswissenschaftlichen Doktor gemacht und das Referendarexamen bestanden, beides mit guten Noten. Das alles unter dem angenommenen Namen geschehen. Diesen Namen, erklärte er, werde er nicht nennen, weil er sonst eine ganze Familie unglücklich machen würde. Dabei blieb der Angeklagte trotz der wiederholten Vorhaltungen des Vorsitzenden auf das Un glaubliche seiner Behauptungen.

Thormann erzählt dann, daß er juristischer Hilfsarbeiter in Samargendorf geworden sei. Von dort sei er nach Reuditz gekommen und dann nach Brandenburg a. S. Zugewandten habe er versucht, seine Zeugnisse auf den Namen Thormann umzuwandeln. Dann habe er durch Schritte beim Finanzminister und dem Minister des Innern die Zulassung zur großen Staatsprüfung unter Erlaß des Vorbereitungsamtes beirichten, sei aber davon abgekommen. Dann bewarb er sich als Gerichtsassessor Dr. jur. Eduard Alexander beim Weichenfeller Magistrat. Dort wurde er zunächst unentgeltlich beschäftigt. Im Jahre 1913 wurde er zum

zweiten Bürgermeister Köslins

gewählt. Diese Stellung ist auch bestätigt worden. Zur Sprache gelangen dann einige Punkte, in denen er Mädchen die Ehe versprochen,

Geld von ihnen auf Kuppelgeschäften geordert, in einem Falle ein Mädchen Strauß gezwungen und dann unter dem falschen Namen (Hallenberg und Werner) den Einwand des Angeklagten in der Alimentationsklage beschwören haben soll, daß auch die Zeugen mit dem Mädchen verkehrt hätten.

Hall Wehner.

Der Angeklagte hatte in Weichenfeller ein Fräulein Anna Wehner, Tochter eines Schuhmachergewerks, kennen gelernt. Die Familie nahm an, er würde sich mit ihr verloben. Er hat dem Fräulein Wehner verschiedentlich Geldbeträge bekommen. Als der Vater von der Verlobung des Angeklagten mit seiner jetzigen Frau erfuhr, schrieb er ihm einen Brief, in dem er um Erstattung des ihm geliehenen Betrages von 2100 M. ersuchte. Der Angeklagte gibt als richtig an, daß er von Fräulein Wehner wiederholt

Geld bekommen und auch nach Bromberg erhalten habe. Die Sache lag so, daß er sich in den Händen eines Expressers „Nage“ befand. Den Hintergrund der

Anklagen wegen Meineid

bilden die Beziehungen des Angeklagten zu einer Margarete Krause in Bromberg. Das Mädchen ist nach der Geburt eines Kindes, dessen Vater der Angeklagte sein soll, gestorben. Im Verlaufe des Alimentationsprozesses trafen zwei Zeugen auf, die nicht aufgefunden werden konnten, und zwar ein Reisender Hallenberg aus Rastau und ein Erich Werner aus Petersburg. Einem Tages meldete der Angeklagte, daß Werner sich gerade in Leipzig aufhalte. Es empfahl sich, ihn durch Niederlegung der Ladung als Zeugen zu laden. Der Zeuge ist vernommen worden, hat beschworen, daß er wiederholt mit der Krause verkehrt hat, und in gleicher Weise ist das später von dem angeblichen Hallenberg unter gleichen Umständen in Steintin beschworen worden. — Vorf.: Die Anklage behauptet nun, daß Sie sich in beiden Fällen unter falschem Namen haben vernommen lassen. Geben Sie das zu? — Angekl.: Nein! Ich kann Zeugen dafür benennen, daß ich an beiden Tagen in Bromberg war. — Vorf.: Der Protokollführer Lindner erkennt Sie aber bestimmt wieder. — Angekl.: Das ist undenkbar. — Vorf.: Delatant für Sie ist, daß Sie bei Ihrer Vernachung in Leipzig angegeben haben: „Ich heiße Paul Alex.“ Hier trafen Sie ab und nannten dann den angenommenen Namen. Sie wollten offenbar Alexander sagen und verbeiferten sich schnell. Im Protokoll ist das Wort Alex enthalten, aber durchstrichen. — Angekl.: Der Gerichtsschreiber hat sich verlesen, weiter nichts.

Der Schreiber verständigte Müller ist der Ansicht, daß die Unterschriften unter den Protokollen mit der Handschrift des Angeklagten übereinstimmen.

Berrüdt?

Medizinalrat Horstmann, der den Angeklagten in der Provinzial-Krankenanstalt in Stralsund untersucht hat, bekundet, daß der Angeklagte zunächst verunsichert habe, den wilden Mann zu spielen. Der Sachverständige ist jedoch der festen Ueberzeugung, daß Geisteskrankheit bei dem Angeklagten nicht in Frage kommt. Ueber des Angeklagten Geisteszustand sollen noch andere Gutachten gehört werden.

In der gestrigen Verhandlung kam zur Sprache, wie der Angeklagte verhaftet wurde. An dem Tage der Verhaftung war eine Zusammenkunft zwischen dem Oberbürgermeister Wulch, einem anderen Herrn und dem Angeklagten verabredet. Angeklagter bestätigt das und erklärt: Ich hatte den Vertrag mit der Luftverkehrs-Gesellschaft so weit vorwärts gebracht, daß die Verhandlungen über die Anlage eines Flugplatzes in Köslin bei dieser Zusammenkunft zum Abschluß kommen sollten. Eine Stunde vor der Zusammenkunft wurde ich aber im Zentralhotel verhaftet. — Vorf.: Und da traf es sich merkwürdigerweise, daß, als Sie auf dem Polizeipräsidium vorgeführt wurden, Sie an einem Kriminalbeamten vorbeikamen, der Sie von Ihrer Tätigkeit im Niederbarnimer Kreis kannte. Der Beamte rief aus:

„Gottgott, das ist ja Heinrich Thormann!“

Auf diese Weise kam man dazu, Ihre richtigen Personalien festzustellen, und nach langen Zeugnissen hat Sie schließlich auch zugegeben, daß Sie Heinrich Thormann seien.

Leumundszeugnis.

Der Oberbürgermeister Miklaff-Wromberg bekundet als Zeuge: Der Angeklagte habe sich unter ihm als juristischer Mitarbeiter bewährt wie sich wenige wirkliche Assessoren, die unter ihm gearbeitet, jemals bewährt haben. Er konnte ihm daher auch nur das beste Zeugnis ausstellen. Vorf.: Es wird aber behauptet, daß der Angeklagte, wenn das Geldbrach auf juristische Dinge kam, geschickt auszuweichen suchte und im Hofe sich dahin ausredete, daß er das schon wieder vergessen habe. — Zeuge: Ich habe juristische Gespräche mit ihm wohl kaum gehabt, und wenn ich gelegentlich im Gespräch auf solche Wägen stieß, so ist das nichts Wunderbares, denn das passiert auch bei wirklichen Assessoren. — Erster Staatsanwalt: Was ist Ihnen außerdem über den Angeklagten bekannt geworden? — Zeuge: Ich habe über seine Lebensführung nichts gehört. Sein persönliches Verhalten wies Kleinigkeiten auf, aus denen ich auf Charakterzüge schließen, die ihn mir als Mensch unangenehm machten. Das war auch die Ursache, die mich veranlaßte, auf Hinanzhebung der Stadtratswahl zu wirken. In Gesellschaft zeigte er sich etwas taprig, wie es bei einem Menschen, der aus guter Sembründe stammt, nicht vorkommt. Daß er Jura studiert haben muß, kann ich nicht behaupten. Ein Bewilligungsbeamter aus dem Bureau für Kauf im Laufe der Zeit, mamentlich wenn er intelligent ist und juristische Bücher liest, ein großes juristisches Wissen erwerben. Es gibt sehr viele Praxis- und Regierungsgesetzbücher bei allen Beamten, die auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts Erlaunliches leisten; sie vorlesen allerdings auf dem Gebiete des Zivilrechts. Da verhalte er völlig. Aber ich habe einige juristische Gutachten mitgebracht, die bezeugen recht schmerliche Fragen auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts, die jeder Jurist für ganz ausgezeichnet erklären wird.

Seugin Wehner

bekundet: Angeklagter hat mir in Weichenfeller die Heirat versprochen, sich wiederholt Beträge von mir bzw. meinem Vater erbeten, hat, als er anheerbar war, mit mir in regem Briefverkehr gestanden, unter allerlei Vorwänden Geld erbeten und erhalten und auf baldige Heirat verdrückt. Die Auslösung der Verlobung und Rückforderung des Geldes (über 2000 M.) erfolgte, als der Vater, ein Schuhmachergewerbe, von der Verlobung des Angeklagten mit seiner späteren Frau erfuhr.

Ueber den Angeklagten bekundet der Amtsrichter Lutter: Ich habe juristische Gespräche vernommen der Angeklagte. In prozessrechtlichen Dingen war er eine Aul. — Erster Staatsanwalt: Auf einem Ball soll er mit einer Dame getanzt und dabei die

Sigatte im Munde behalten

haben, so daß ein Jurist hinzusprang und ihm die Sigatte fortnahm. — Zeuge: Ich habe davon gehört. Er begibt überhaupt viel Taktlosigkeiten. Als er nach Wromberg kam, sagte er uns gleich, seine Eltern wären früh gestorben, er komme aus niedrigem Stande. Wenn er einmal etwas falsch machte, möchten wir ihn darauf aufmerksam machen. Wenn dann so etwas vorkam, sagten wir ihm: Alex, sag das! — Zu der

Meineidsanfrage

wurden Amtsgerichtsrat Friede und Remunerat Lindner vernommen. Amtsgerichtsrat Friede-Stettin hat die Vernachung des angeblichen Paul Hallenberg geleistet. Die Vernachung selbst erfolgte durch einen Assessor. Als der angebliche Hallenberg weg war, sagte der Zeuge Hfort zu dem Assessor: dem Mann glaube ich kein Wort. — Der Zeuge kann sich heute nicht daran erinnern, ob der Angeklagte damals sich als Hallenberg hat vernachung lassen. — Zeuge Remunerat Lindner hat bestätigt, daß Protokollführer bei der Vernachung des angeblichen Reisenden Erich Werner aus Petersburg, der sich als Zeuge meldete in der Klage: Krause gegen Dr. Alexander. Der Zeuge hat sich gleich bei der Vernachung gefast, daß es doch sehr komisch von dem Wädel sei, einen so unbedeutenden Reisenden einen Protokollführer voranzusetzen. Auffallend ist dem Zeugen bei der Vernachung auch erschienen, daß der Zeuge Erich Werner, während sonst die Zeugen im Alimentationsprozesse meist sehr zurückhaltend sind und erst unter dem Druck des Odes ausweichen, sich geradezu vorwärts, frewillig alles zugab und ja auch freiwillig erschienen war. — Der Vorsitzende läßt den Angeklagten bitten, worauf der Zeuge mit größter Bestimmtheit erklärt: „Jawohl, ich erkenne in dem Angeklagten den damaligen Zeugen Erich Werner wieder.“

Der Angeklagte macht allerlei Vorhaltungen. Der Zeuge bleibt mit Sicherheit bei seiner Behauptung. In späterer Abendstunde wird die weitere Vernehmung auf Sonnabend vertagt.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 172 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:
 Oberkommando der 4. Armee.
 Generalkommando des 21. Reservekorps.
 Generalnebenliste.

1. 2. 3. und 4. Garde-Reg.; 1. und 2. Garde-Reserve-Reg.; 1. Garde-Ersatz-Reg.; Garde-Infanterie-Regiment Alexander, Franz, August und Nr. 5; Garde-Füsilier-Reg.; Garde-Schützen-Batt.; Grenadier-, Infanterie-, bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 1, 4, 7, 21 (siehe Ersatz-Inf-Reg. S. 4), 46, 49, 50, 51, 53, 55, 56, 59, 65, 67, 69, 70, 72, 73, 77, 79, 90, 99, 109, 110, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 129, 135, 143, 147, 155, 166, 169, 171, 175; Reserve-Inf-Regimenter Nr. 1, 5, 7 (Nr. 5 und 7 siehe Ersatz-Inf-Reg. S. 4), 22, 23, 24, 26, 28, 29, 36, 37, 38, 46, 49 (siehe Ersatz-Inf-Reg. S. 4), 57, 59, 66, 68, 71, 73, 76, 79, 81, 82, 83, 99, 109, 110, 203, 205, 214, 216, 219, 220, 224, 226, 237, 251, 256, 257; Ersatz-Inf-Regimenter Nr. 28 und S. 4; Landwehr-Inf-Regimenter Nr. 5, 7, 22, 34, 39, 40, 48, 51 (siehe auch Landwehr-Ersatz-Reg. Nr. 7), 61, 73, 75, 78, 80, 90, 100, 110; Landwehr-Ersatz-Regimenter Nr. 5, 7; Heberplanmäßiges Landwehr-Inf-Batt. Nr. 4 des 1. Armeekorps; Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 76, 78; Landjäger-Bataillone (Neuf), 11 (Nininger, 1 (Neuf), 2 (C. Schlawe, 1 (Trier); Jäger-Bataillone Nr. 4, 6, 8, 9, 11, 14; Reserve-Jäger-Bataillone Nr. 7, 10, 20, 24.

Kürassiere Nr. 7; Dragoner Nr. 11; Husaren Nr. 3, 12; Jäger zu Pferde Nr. 1, 11; 2. Landwehr-Ersatz-Batt. des Gardekorps; 1, 2. und 3. Landwehr-Ersatz-Batt. des 17. Armeekorps.

3. Garde-Reitart.-Reg.; Reitart.-Regimenter Nr. 27, 36, 38, 39, 40, 42, 54, 67, 76, 79, 81, 82, 83, 84; Reserve-Reitart.-Regimenter Nr. 27, 58.

1. Garde- und 2. Garde-Reserve-Fußart.-Reg.; Fußart.-Regimenter Nr. 7, 9, 11, 14; Reserve-Fußart.-Reg. Nr. 14; Fußart.-Batt. Nr. 21; Reserve-Batterie Nr. 25; Landj.-Batt. des 14. Armeekorps.

Pionier-Regiment Nr. 19, 20, 24, 25; Pion.-Bataillone: Garde-Ersatz-Batt. 1. Nr. 1, 1. Nr. 5, 1. Nr. 7, 1. Nr. 9, 11, Nr. 10, 1. Nr. 18, 1. Nr. 28; Pion.-Ersatz-Bataillone Nr. 14, 18, 21; 41. Reserve-Pion.-Komp.

Fanzergug Nr. 6.
 Fortifikation-Polen; Artillerie-Komp. Mannheim.
 Sanitäts-Komp. Nr. 1 des Gardekorps und Nr. 1 des Garde-Reservekorps; Sanitäts-Komp. Nr. 2 des 16. Armeekorps; Reserve-Sanitäts-Komp. Nr. 17 des 18. Armeekorps; Reserve-Lazarett Gardelegen.

Garde-Train-Abt.; Reserve-Zugpark-Solonne Nr. 6 des 1. Reservekorps; Stappen-Hilfsbatterie-Solonne Nr. 2 des Garde-Reservekorps und Stappen-Hilfsbatterie-Solonne Nr. 122; Zentral-Pferde-Depot Nr. 5.

Stappen-Sammel-Komp. Nr. 4 der 9. Armee.
 Kriegsbeschäftigungsd. des 8. Armeekorps.
 Bezirks-Kommando II Berlin.

Die bayerische Verlustliste Nr. 160 meldet Verluste des 1. 3. 4. 5. 6. 7. 10. 11. 12. 13. 14. 16. 17. 19. 20. 21. 22. 23. Inf-Regiments; Schützen-Batt. Nr. 1; Reserve-Inf-Regimenter Nr. 3, 5, 6, 10, 11, 13, 14, 17, 21; Reserve-Jäger-Batt. Nr. 2.

Die württembergische Verlustliste Nr. 136 veröffentlicht Verluste des Reserve-Inf-Reg. Nr. 120; Inf-Reg. Nr. 121; Füsilier-Reg. Nr. 122; Grenadier-Reg. Nr. 123; Inf-Regimenter Nr. 124, 125, 180; Reserve-Inf-Reg. Nr. 247; Feldart.-Regimenter Nr. 29, 55.

Aus Groß-Berlin.

Zusammensetzung von Weizenbrot.

250 Gramm Brot oder 125 Gramm Mehl.

Auf Grund der §§ 34 und 36 der Bekanntmachung des Bundesrates vom 25. Januar 1915 (Reichsgesetzblatt S. 35) wird vom Berliner Magistrat mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde für den Bezirk der Stadt Berlin angeordnet:

§ 1. Bei der Bereitung von Weizenbrot muß auch Kartoffel verwendet werden. Der Kartoffelgehalt muß bei Verwendung von Kartoffelflocken, Kartoffelwalzmehl oder Kartoffelstärkemehl mindestens 10 Gewichtsteile auf 90 Gewichtsteile Getreidemehl betragen. Werden gequetschte oder geriebene Kartoffeln verwendet, so muß der Kartoffelgehalt mindestens 30 Gewichtsteile auf 90 Gewichtsteile Getreidemehl betragen. Im übrigen gelten die Vorschriften der Bundesratsverordnung über die Bereitung von Backware vom 5. Januar 1915 (Reichsgesetzblatt S. 8).

§ 2. Für die bis zum 4. April 1915 ausgegebenen Brotkarten gilt folgendes: Nur Entnahme von Mehl berechtigten ausschließlich die auf 250 Gramm lautenden Abschnitte, und zwar derart, daß auf einen Abschnitt entweder 250 Gramm Brot oder 125 Gramm Mehl abgegeben und entnommen werden dürfen.

§ 3. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 44 der Bekanntmachung des Bundesrates vom 25. Januar 1915 (Reichsgesetzblatt S. 35) mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Auch kann gemäß § 52 derselben Bekanntmachung die Schließung der Geschäfte angeordnet werden.

§ 4. Diese Verordnung tritt am 15. März 1915 in Kraft.

„Keine Parteien mehr.“

Am 28. Januar brachten wir im lokalen Teil unseres Blattes ein Gedicht zum Abdruck, das in einer Gemeindefeier für den Geburtstag des Kaisers einstudiert worden war. Es schilderte, wie ein Duzend Sojz, neun davon in Landwehruniform, durch ein Stammtischgespräch über den Krieg umgekempelt werden. Das Gedicht (eines unbekanntenen Verfassers) hieß „Zeitbild“. Wir widmeten dem Gedicht ein paar Worte der Ablehnung und setzten über die ganze Notiz die Worte: „Keine Parteien mehr.“

In den letzten Tagen nun wurden wir auf eine seltsame Weise an diese Sache erinnert. Mündlich, telephonisch, brieflich, aus Berlin, aus der Provinz, ja sogar aus dem Schützengraben werden wir darauf hingewiesen, daß die bürgerliche Provinzpresse dieses Gedicht mit dem Titel „Keine Parteien mehr“ abdruckt und dazu bemerkt: „Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der „Vorwärts“, das führende sozialdemokratische Organ (Berlin) das folgende Gedicht“. Ein sächsischer Pastor dankte uns sogar in herzlichen Worten für diese vermeintliche Neuorientierung unserer Politik. . . .

Nur steht es ja freilich den Leuten, die solchergestalt auf den Streich eines Spatzvogels hereinfielen, ein richtiges Armutszeugnis

aus, daß sie es für möglich hielten, der „Vorwärts“ könnte ein solches Gedicht zustimmend abdrucken.

Kartoffelpreise und Kartoffelhändler.

Eine Versammlung der Kartoffelhändler in den Sägerischen Festhalten am Alexanderplatz nahm am Donnerstag Stellung zu den in der Offenliste wieder gegen sie erhobenen Vorwürfen des Kartoffelmüchlers. Sie wies diese Vorwürfe zurück und wendete sich gegen den Berliner Magistrat. Gemeinsam mit den Großhändlern sei man beim Magistrat Berlin vorstellig geworden, die Kartoffelhändlerpreise bei einem Produzentenpreis von 275 M. mit einem Aufschlag von 85 Pfennig für die Großhändler und einem solchen von 75 Pfennig für die Kleinändler festzusetzen. Es wären dann kaum zehn Pfennige pro Zentner Ueberschuß geblieben. Aber dieses sei abgelehnt worden. Die Kleinändler mußten nun die Kartoffeln zu solchen Preisen verkaufen, bei denen sie noch zulegte. Und als dann die Höchstpreise stiegen, wurden die Verhältnisse für die Kleinändler noch schlechter. Der Magistrat sei es, der dem Kleinändler das Geschäft verleihe. Er zwingt die Kleinändler zu höheren Preisen und unterbiete dann beim eigenen Verkauf die Preise seiner Steuerzahler. Der Magistrat trage die Hauptschuld daran, daß der Groß- und Kleinändler nicht in der Lage gewesen sei, sich mit genügenden Vorräten für den Winter zu versehen.

Hiergegen wendet sich der Magistrat. Er erklärt: „Der Versuch, auf die Anläufe Berlins und der anderen Groß-Berliner Gemeinden die Preissteigerung für Kartoffeln zurückzuführen, entbehrt jeder tatsächlichen Unterlage und verkehrt die Sachlage in ihr Gegenteil. Die Anläufe Berlins reichen bis in den August und September vorigen Jahres zurück und sind so vorzüglich vollzogen und sorgfältig eingeteilt, daß eine Preissteigerung damit in keiner Weise verbunden war. Die Preise, welche die Stadt Berlin angelegt hat, halten sich dementsprechend tief unter dem gegenwärtigen Preisstande. Die bedeutenden Kartoffelvorräte, welche Berlin auf diese Weise erworben hat, waren dazu bestimmt, erst gegen Ende der Ernteperiode verwendet zu werden. Nachdem aber in den letzten Monaten sich die durch äußere Umstände veranlaßten großen Mischstände auf dem Kartoffelmarkt herausgestellt hatten, war es die selbstverständliche Pflicht der Gemeinden, ihren Einwohnern schon jetzt mit den vorhandenen Beständen hilfreich beizustehen. Es ist das in einer Weise geschehen, welche wenigstens dem dringendsten Kiststande abholf. Im übrigen bestand der Kiststand auch zu einer Zeit, in der die Städte gar keine Anläufe vorgenommen haben.“

Welche Ursachen ihn herbeigeführt haben, ist schon wiederholt dargelegt worden und soll hier nicht von neuem erörtert werden. Auf jeden Fall aber ist es jetzt die erste Aufgabe des Kartoffelhändlers, mit großen Vorräten auf den Markt zu treten und dadurch eine Verbesserung der jetzigen Verhältnisse herbeizuführen.“

In die Transmiffion geraten und getötet.

Auf schreckliche Weise hat der siebzehn Jahre alte Arbeiter Hans Jurek aus der Müggelheimer Straße in Köpenick sein junges Leben eingelebt. Jurek war in der Fabrikerei von Wolffsohn in Grünau beschäftigt. Als er bei der Arbeit der Transmiffion zu nahe kam, wurde er am Arm erfasst und in das Raschinengerieße hineingeworfen. Ehe es möglich war, den Betrieb einzustellen, war der Unglückliche mehrmals herumgeschleudert und so furchtbar zugerichtet worden, daß der Tod fast auf der Stelle eintrat.

Raubanfall.

Erst jetzt ist ein am Montag verübter Raubanfall auf die 75jährige Eigentümerin Luise Bieri aus der Berliner Straße 84 zu Pankow zur Kenntnis der Behörde gelangt. Die Wirtin hat eine Remise zu vermieten, die ein Mann, der sich Brüder nannte, am Montagabend mieten wollte. Ueber die Bedingungen wurde man bald einig. Nachdem der Mieter auch den Vertrag unterzeichnet hatte, sprang er plötzlich auf die Wirtin los, packte sie und legte ihr eine Schlinge um den Hals. Unter der Drohung, daß er zuziehen werde, verlangte er die Herausgabe des vorhandenen Geldes. Die Wirtin gab ihm 50 M. Das genügte aber nicht. Beim Durchwählen des Schreibetisches entdeckte er dann noch weitere 50 M. Er verließ dann die Wirtin mit der Drohung, daß sie nichts von dem Vorfall verkünden lassen solle. Dadurch hat sich die Wirtin erst jetzt veranlaßt gesehen, von dem Vorfall Mitteilung zu machen.

Die Gefahren des Geldsammelns durch Schüler.

Daß das Geldsammeln durch Schüler große Gefahren für die Schüler in sich schließt, mußte jeder mit den Verhältnissen einigermaßen Vertraute sich selber sagen. Dazu brauchte man nicht Pädagoge zu sein. Wenn man Schullindern, die mit Geld nicht umzugehen verstehen, auf einmal größere Geldsummen anvertraut, so entstehen eben große Gefahren, die wenig gefestigte Schüler auf schlechte Bahnen fähren können. Ein 18 Jahre alter Schüler B. aus der Martin-Davy-Strasse hatte vom Rektor seiner Schule ebenso wie andere Schüler eine Bescheinigung erhalten, daß ihm das Einsammeln von Geld für die Reichsbank erlaubt sei. Nun trat der Junge an einen Lehrer heran, und erzählte ihm, daß er von einer Frau für 200 Mark Goldmünzen bekommen könne, daß er aber der Frau erst das Papiergeld bringen müßte. Arglos übergab ihm der Lehrer für 200 M. Papiergeld, der Junge ließ sich aber nicht wieder sehen. Auch zu Hause ist er seit dem vergangenen Sonntag nicht wieder gewesen.

Jetzt sucht die Kriminalpolizei den Jungen, der sich durch diesen Streich die ganze Zukunft verdorben und den Eltern den bitterstenummer bereitet hat. Solche Fälle werden nicht vereinzelt bleiben. Man sieht, welche großen Gefahren in dem Geldsammeln durch die Schule liegen.

Der Schwindler mit dem billigen Fleisch.

„Billiges Fleisch“ benutzte der 50 Jahre alte kaiserliche Willi Schmidt aus der Schreinerstraße als Köcher, mit dem er unzählige Gast- und Schankwirtschaften in die „Eckhausfälle“ lockte. Der alte Säufer, der schon oft bestraft ist, erzählte den Frauen, daß er in der Lage sei, ihnen Fleisch und Fett zum Einkaufspreis billig zu verschaffen. Die Wirtinnen, denen ein solches Angebot willkommen war, machten sich gleich mit ihm auf den Weg nach dem Hause, in dem sich die Verkaufsstelle befinden sollte. Schmidt führte sie jedesmal an ein Eckhaus, ließ die Wohnungstür dort vor der Tür warten, nahm ihnen Einkaufsgeld und Markstücke ab und wollte mit der Ware gleich wiederkommen. Die Frauen warteten aber vergeblich auf seine Rückkehr und wußten sie dann selbst die Verkaufsstelle aufsuchen wollten, so sahen sie, daß sie betrogen worden waren. Von einem Fleischverkauf war in dem Hause nie die Rede. Schmidt war mit seiner Beute gleich durch den zweiten Ausgang nach der anderen Straße wieder hinausgegangen und verschwunden. So machte er den ganzen Nordosten, Osten und Südosten der Stadt unsicher, bis er gestern endlich erwischt wurde. Eine Frau, die ihm auch Geld und Tasche anvertraut hatte, sah,

wie er durch den zweiten Ausgang entschleichen wollte, rief hinter ihm her, als er vor ihr die Flucht ergriff, und ließ ihn festnehmen. Wegen den Verhafelten lagen schon einige 60 Anzeigen vor. Er erbeutete jedesmal 10-15 M.

Mangel an Arbeitskräften und die Straßenbahn.

Die Große Berliner Straßenbahn hat ihre Absicht, den Verkehr erheblich einzuschränken, mit dem Mangel an Arbeitskräften begründet. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß diese Begründung einer sachgemäßen Prüfung nicht stand hält. Für eine angemessene Bezahlung würden auch heute noch genügend Arbeitskräfte vorhanden sein.

In einer Zuschrift an den „Volks-Anzeiger“ äußert sich ein Maurer- und Zimmermeister wie folgt:

„Das Wichtigste ist, daß die Straßenbahn für die Großstadt Berlin wahre Hungerlöhne zahlt. Ich fahre in meinem Beruf täglich und höre alle Schaffner, die neu eingestellt sind, darüber klagen, daß sie für 3,50 M. täglich 10 bis 12 Stunden Dienst tun müssen. Die Große Berliner soll nur antständige, zum Lebensunterhalt auskömmliche Löhne bezahlen, dann wird sie auch Leute bekommen. Zu Beginn des Krieges habe ich einen großen Teil meiner Leute, Maurer und Zimmerer, entlassen, weil die Banken die Zahlung der Hypothekengelder einstellten und die Bantien liegen blieben. Von diesen Leuten meldete sich ein großer Teil bei der „Großen Berliner“; sie wurden aber nicht angenommen; es wurden ihnen 10 bis 15 Bedingungen gestellt (außer der Kautions, die ich eventuell vorgeschossen hätte), die nicht zu erfüllen waren. Da war einer von den Leuten zu klein, der andere zu groß, der eine zu dick, der andere hatte zu kurze Finger. Damals konnte die „Große Berliner“ sich Leute sichern, wenn sie wollte, denn alle diese Leute waren militärfrei, sie hätten sich auch damals mit den niedrigen Löhnen zufriedengegeben, denn in der Not nehmen diese Leute alles mit, obgleich sie von uns zwei Drittel mehr Lohn erhielten. Wenn die „Große Berliner“ damals die Löhne etwas erhöht hätte, so wäre für sie die Welt nicht zugrunde gegangen. Die „Große Berliner“ soll nur die Arbeitszeit nach Stunden, und zwar 50 bis 60 Pfg. pro Stunde, bezahlen, dann bekommt sie haufenweise Leute.“

Schweinezählung.

Auf Beschluß des Bundesrates findet im Deutschen Reich eine Schweinezählung am 15. März d. J. statt. Die Ausföhrung der Zählung liegt in Berlin dem Magistrat und dem königlichen Polizeipräsidium ob. Die Ergebnisse der Schweinezählung dienen lediglich den Zwecken der Staats- und Gemeindevirtschaft. Insbesondere soll dadurch ein Einblick in die Fleischmengen gewonnen werden, die durch die heimische Viehzucht für die Volksernährung verfügbar werden. Es wird noch besonders bemerkt, daß die Zählung keinerlei Steuerzwecke dient, sondern lediglich amtliche statistische Zwecke im Auge hat.

Wer vorläufig eine Anzeige, zu der er auf Grund der Verordnung des Bundesrates angefordert wird, nicht erstattet oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft; auch können Schweine, deren Vorhandensein verschwiegen wird, im Urteil für dem Staate verfallen erklärt werden.

Anzeigen über Aenderung der Mehlbestände.

Der Magistrat macht bekannt: In der Verordnung des Magistrats vom 5. März 1915 ist in § 3 angeordnet worden, daß die den Bäckern, Konditoren und Mehlhändlern obligierenden Anzeigen über die Veränderung ihrer Bestände an jedem Montag vormittag für die vergangene Woche zu erstatten sind. Obwohl diese Bestimmung bereits seit mehreren Tagen in Kraft ist und jede Zuwiderhandlung mit schweren Geld- und Gefängnisstrafen bedroht, hat, wie wir hören, eine recht erhebliche Zahl von Bäckern und Mehlhändlern es bisher unterlassen, die vorgeschriebenen Anzeigen, welche erstmalig am 8. März erstattet werden sollten, der zuständigen Stelle einzureichen. Der Magistrat hat daher bereits die Aufstellung einer Liste in Angriff genommen, in welche die Säumigen aufgenommen werden, um nennmehr ihre Bestrafung herbeizuföhren. Es dürfte sich für alle die von der Verordnung Betroffenen, welche ihrer Anzeigepflicht noch nicht nachgekommen sind, dringendst empfehlen, das Versäumnis sogleich nachzuholen, um der sonst unvermeidlichen Bestrafung und sogar der etwaigen Schließung der Geschäfte zu entgehen. Die Anzeigen sind, soweit es sich um Mehlhändler — also auch Kolonialwaren-, Delikatess- und ähnliche Geschäfte — handelt, an die zuständige Brotkommission, soweit es sich aber um Bäder und Konditoren handelt, an den Magistrat, Abteilung für Brotverforgung, Poststraße 16, zu richten. Für die Anzeigen sind bestimmte, vom Magistrat vorgeschriebene Vordrucke zu verwenden, die vom Verlage der „Deutschen Bäder- und Konditorzeitung“, Großbeerstraße 87, bezogen werden können. Die Anzeigen sind auch von denjenigen zu erstatten, die vorläufig noch keine Mehlkarte zu haben wünschen, weil sie noch genügend eigene Bestände haben.

An die Postabonnenten!

Beim Ausbleiben oder bei verspäteter Lieferung einer Nummer wollen sich die Postbezieher stets nur an den Briefträger oder die zuständige Postfachanstalt wenden. Erst wenn Nachlieferung und Aufföhrung nicht in angemessener Frist erfolgen, wende man sich unter Angabe der bereits unternommenen Schritte an unseren Verlag.

Jugendweiche in Neukölln.

Zur Jugendweiche werden Anmeldungen nur noch bis Freitag, den 19. März, bei Graf, Donaustr. 120, Wundlandt, Barbestr. 58 und in den Vorwärts-Stationen entgegengenommen. Die Weiche findet am Sonntag, den 28. März, vormittags 10 Uhr, in den Jugendheimen, Puldastr. 65/46 und Rogatstr. 16, statt. Genaue Benachrichtigung erfolgt später.

Der Ausschuß für Mutter- und Säuglingsfürsorge vom Roten Kreuz, Leipziger Platz 13, gibt hierdurch bekannt, daß in Zukunft Montags und Donnerstags keine Kruaanmeldungen von Gesuchstern stattfinden.

Märchenvorlesung. Am Sonntag, den 14. März, um 1/4 Uhr, liest Friedel Hinge in der Leseshalle der Gesellschaft für Volkskultur, Kungestr. 25, Märchen vor. Eintritt frei, auch für Erwachsene.

Ein Straßennußfall ereignete sich in der Nacht zum Freitag in der Schilderstraße. Dort fuhr ein Straßenvagen der Linie 73 mit einem Schlächterwagen zusammen. Der Zusammenstoß war so heftig, daß der Schlächterwagen umstürzte. Ein auf dem Aufschob sitzender Schlächtergeselle erlitt bei dem Sturz einen Oberschenkelbruch.

Aus den Gemeinden.

Steuervorschläge.

Die Gemeinde Reinickendorf hat in ihrem neuen Haushaltsplan eine Erhöhung des Gemeinde-Einkommensteuersatzes von 150 auf 185 Proz. in Aussicht genommen. Niedere Schönhausen will zur Deckung seines 140 525 M. betragenden Defizits die Zuschläge von 180 auf 140 Proz. erhöhen. Die Gemeinde Mariendorf schlägt eine Erhöhung von 110 auf 140 Prozent vor.

Stadtverordnetenversammlung in Neukölln.

Eingang der Sitzung am Donnerstag gab Stadt-Vorsteher Sandner bekannt, daß vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ein Antrag auf Gewährung einer Kriegs-Teuerungszulage für alle städtischen Arbeiter eingegangen sei, und schlug vor, diesen dem Kriegs-Wohlfahrtsausschuß I zu überweisen; dem wurde zugestimmt.

Der Vorschlag des Magistrats, den diesjährigen Haushaltsvoranschlag ausnahmsweise unmittelbar dem Rechnungsausschuß zu überweisen, fand allgemeine Billigung, nachdem vom Stadtdr. Silberstein (Soz.) die Erwartung ausgesprochen worden war, daß der späteren Spezialberatung des Stats im Plenum eine Generaldebatte vorausgeht.

Die Gebührenordnung für die Benutzung der Kanalisation wurde im gleichen Wortlaut wie im Vorjahre festgestellt. Der Gebührensatz beträgt 2 Proz. des Gebäudesteuerverwertes.

In der Tiefbaudeputation hat die erneute Beratung der Vorlage über die Straßenregulierungen im neuen Wohnviertel zwischen Köpf- und Thomassstraße (ehemaliges Gelände der Luisenstädtischen Gemeinde) zu einer Verhängung geführt.

Ebenso widerspruchslos erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß die von Dienstverwaltungen an den städtischen Arbeitsnachweis zu entrichtende Vermittlungsgebühr für Dienstboten über 18 Jahre bei 3 M. verbleibt, für solche bis 18 Jahren aber auf 1,50 M. herabgesetzt wird.

Für die Instandhaltung der drei Häuschen in der Gärtnerstraße, welche das städtische Altersheim aufnehmen sollen, haben die im Etat für 1914 vorgesehenen Mittel nicht ausgereicht. Es wurden daher auf Vorschlag des Magistrats 2000 M. nachbewilligt.

Der Voranschlag des Stadtbads für das Jahr 1914 macht ebenfalls eine Verstärkung notwendig. Der für Heizmaterial vorgesehene Betrag von 22 800 M. hat sich auf annähernd 26 400 M. erhöht. Die Ueberdeckung von rund 8000 M. wurde genehmigt.

Wahl eines Stellvertreters zum Zweverband. Damit die in der vorigen Wahlhandlung vorgenommene Befehlzung eines zweiten Vertreter-Mandats zum Zweverband Groß-Berlin von Seiten der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion möglich wurde, hat Stadtdr. Conrad (Soz.) sein Mandat als Stellvertreter niedergelegt. In gemeinschaftlicher Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten wurde an seine Stelle Stadtdr. Senno (Altbürgerl.) gewählt.

Wilmerdorfer Stadtverordnetenversammlung.

Auf der Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung stand die erste Lesung des Stats. Auf Antrag der freien Fraktion wurde jedoch nach den einleitenden Darlegungen des Oberbürgermeisters beschlossen, auf die erste Lesung zu verzichten und den Etat sogleich an eine Kommission zu verweisen. Da den Sozialdemokraten, obwohl sie mit ihren zwei Mandaten keinen Anspruch erheben konnten, in diesem Ausschuss ein Sitz eingeräumt wurde, wurde auch von ihrer Seite kein Einspruch dagegen erhoben. Genosse Dr. Preitfisch betonte nur, daß die Sozialdemokraten unter keinen Umständen einen Präzedenzfall geschaffen sehen wollten.

Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 17 563 180 M. ab. Ein in der Hauptsache durch den Krieg hervorgerufener Mehrlauf von 1 088 600 M. soll nach dem Entwurf durch die Erhöhung des Einkommensteuersatzes auf 185 Proz. gedeckt werden. In der Kommission und in der zweiten Lesung im Plenum wird Gelegenheit sein, eine Reihe von Maßnahmen, die der Wilmerdorfer Magistrat in der Kriegszeit getroffen hat, einer kritischen Besprechung zu unterziehen und vor allem auch eine Reihe von Bedenken gegen den vorgeschlagenen Etat zur Geltung zu bringen. Heute sei nur des Beispiels halber erwähnt, daß der Voranschlag u. a. eine Herabsetzung der Ausgaben vor Befähigung der Tuberkulose vorsieht, obwohl es doch so gut wie sicher ist, daß nach dem Kriege die Ansprüche auf diesem Gebiet nicht unbedeutlich wachsen werden.

Gaushaltplan von Spandau.

Die Einnahmen und Ausgaben der ordentlichen Verwaltung sind gegen das Vorjahr mit einem Mehr von 408 000 M. eingestellt worden. Sie belaufen sich nach dem Voranschlag auf 13 331 000 M. Für die außerordentliche Verwaltung belaufen sich die Einnahmen und Ausgaben auf 8 000 140 M. Der Gemeinde-Einkommensteuersatzschlag ist wie im vorhergehenden Jahr auf 150 Proz. bemessen worden. Die direkten Gemeindeabgaben sind nach diesem Voranschlag auf 1 991 000 M. veranschlagt worden. Die Grund- und Gebäudesteuern sollen mit 8,35 pro Tausend 1 040 792 M. Einnahme bringen.

Arbeitsnachweis in Niederschönhausen.

Der öffentliche Arbeitsnachweis wird am 15. März eröffnet und befindet sich im Rathaus, Zimmer 90. Derselbe ist für weibliche Personen von 11—1 Uhr, für männliche Personen von 8 bis 10 und von 2 bis 3 Uhr geöffnet. Eine Vermittlung von Dienstboten findet vorläufig nicht statt, ist aber für später in Aussicht genommen. Die Vermittlung des öffentlichen Arbeitsnachweises ist für Arbeitgeber und Arbeitnehmer völlig kostenlos.

Erwerbslosenfürsorge und Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden in Nowawes.

Die Gemeindevertretung hat in ihrer Sitzung am Mittwoch zwei für die Einwohnerlichkeit bedeutungsvolle Entschlüsse gefaßt. Der erste betrifft die Einführung der von unseren Vertretern im Gemeindepalament bereits im Herbst vorigen Jahres beantragten Einführung einer Erwerbslosenfürsorge in Gestalt von Unterstützung an diejenigen, die durch Einwirkung der Kriegslage erwerbslos wurden. Die jetzt beschlossenen Grundzüge lehnen sich an die Bestimmungen der Provinz Brandenburg an. Danach ist Voraussetzungen für die Gewährung der Unterstützung, daß der Betroffene mindestens seit dem 1. Juni 1914 ununterbrochen im Gemeindebezirk Nowawes wohnt, seit mindestens 14 Tagen vor Stellung des Antrages ohne Beschäftigung bzw. ohne Erwerb ist (in besonderen Fällen kann für die Gewährung der Unterstützung von dieser Voraussetzung abgesehen werden) und sich in unversandeter Not befindet, die auf die Einwirkung der Kriegslage zurückzuführen ist. Ausgeschlossen von Unterstützungen sind Rentner- und Krankengeldempfänger, Bezüher von Militär- und sonstigen Pensionen, soweit diese Bezüge 25 M. übersteigen, ebenso Personen, die sich in der Fürsorge der Armenverwaltung befinden. Als Unterstützung werden in der Regel im Höchstfalle gewährt: für eine Einzelperson wöchentlich 6 M., bei Ehegatten für den zweiten Ehegatten wöchentlich 3 M., für jedes Kind bis zu 15 Jahren wöchentlich 1,50 M. und für jedes Kind über 15 Jahre, soweit Einkommen nicht vorhanden ist, wöchentlich 3 M. Der Höchstbetrag einer Familienunterstützung darf 15 M. pro Woche nicht übersteigen. Personen, die aus Organisationen (Gewerkschaften usw.) Unterstützung empfangen, wird diese Unterstützung zur Hälfte in Anrechnung gebracht. In besonderen Fällen kann durch die Kriegsfürsorgekommission eine Reichweilhilfe bis zu 50 Proz. der zu zahlenden Rente, nicht aber über 15 M. für den Monat bewilligt werden. (Diese Bestimmung läßt die Möglichkeit offen, auch solchen Per-

sonen, die durch wiederholte längere Arbeitslosigkeit, z. B. durch das in manchen Berufen übliche „Aussetzen“, in Not geraten, Unterstützung zu gewähren.) Die Unterstützten müssen sich täglich unter Vorlegung der Kontrollkarten zur Kontrolle melden, und zwar diejenigen, die einer Gewerkschaft angehören, bei ihrer Organisation, diejenigen, die keiner Gewerkschaft angehören, bei dem am hiesigen Orte bestehenden Arbeitsnachweis.

Die Krankenkasse wird durch ein Statut geregelt, das die von der hiesigen Ortskrankenkasse gemachten Vorschläge zur Grundlage hat. Wesentliche Vorteile sowohl für die Hausgewerbetreibenden wie für die Krankenkasse bietet vor allem die Bestimmung, daß der Arbeitgeber die Versicherungen nicht wie bisher bei einer Kasse an seinem Wohnort, sondern bei derjenigen am Wohnort der von ihm beschäftigten Hausgewerbetreibenden anzumelden hat. Der hiesigen Ortskrankenkasse gehörten zur Zeit der Aufhebung der Versicherungsspflicht am 4. August v. J. 213 männliche und 111 weibliche Hausgewerbetreibende an.

Die Gemeindeverordneten wählen im 1. Bezirk der 2. Abteilung, bei der drei Gemeindeverordnete zu wählen waren, sind so unregelmäßig verlaufen, daß die Wahlen für ungültig erklärt werden mußten.

Für entstandene Mehrleistungen bei den Kanalisationsanlagen im Ortsteil Bergstraße mußten 1017 M. nachbewilligt werden. Diese Summe soll später durch die von den Straßenanliegern zu erhebenden Gebühren wieder aufgehoben werden. — Für die Jhede der Kriegsfürsorge wurden weitere 100 000 M. bewilligt. — Infolge der neuen Bundesratsverordnung über die Herabsetzung der Rente auf 200 Gramm pro Kopf und Tag werden die für die Wochen vom 15. bis 21. und vom 22. bis 29. März bereits ausgegebenen Portikarten ungültig. Es gelangen hierfür neue Karten in weißer Farbe auf die Dauer von vier Wochen vom 15. März ab zur Ausgabe.

Die neuen Potsdamer Brotmarken gelangen vom 14. d. M. ab an den bisherigen Ausgabestellen gegen Rückgabe einer gleichen Anzahl unbenutzter Marken zur Verteilung. Befamntlich waren die Brotmarken bei der zweiten Ausgabe auf 4 Wochen verabsolgt worden. Da nur die Hälfte der Zeit verstrichen ist, muß jeder Markenbesitzer die restlichen zwei Wochenmarken zurückgeben, um dann dafür die neuen grünen Marken zu empfangen, die sich von den früheren dadurch unterscheiden, daß man für eine Brotmarke, die auf 500 Gramm Brot lautet, nur 350 Gramm Mehl empfängt. Während bisher zum täglichen Verbrauch auf den Kopf der Bevölkerung 225 Gramm Mehl gerechnet wurden, ist jetzt das Quantum auf 200 Gramm herabgesetzt worden. Dementsprechend war eine Minderung der Brotmarken notwendig. Die Brotmenge wird nicht gekürzt.

Aus Industrie und Handel.

Wer tötet die Deutschen?

Unser bisheriger Ueberdruck veröffentlicht die amerikanische Zeitung „Fatherland“ vom 17. Februar nachfolgende Auslosungen: Nach Schätzern bedingt es in Amerika 15 000 Betriebe, die Kriegsmaterial liefern können. Die Ausfuhrzahlen für September, Oktober, November 1914 und 1913 sind (in Dollar)

	1914	1913
Katronen	8 108 957	635 535
Feuerwaffen	1 888 856	575 283
Zusammen	4 992 613	1 210 818
Eisen	31 887 628	56 069
Kupfer	79 440 917	25 752 207
Zusammen	111 378 540	25 808 276

Darin ist Dynamit u. a. nicht eingeschlossen. Bis 1. November 1914 waren für über 300 Millionen Dollar Kontrakte über Kriegsmaterial abgeschlossen. Amerika tötet die Deutschen.

Was wird aus diesen Waffenfabriken nach dem Kriege? Werden diese nicht eine sehr starke Rüstungspropaganda machen? Jetzt ist es noch Zeit, diesem Handel Halt zu gebieten. Es ist eine Gewissensfrage. Wir erinnern an G. Washingtons Wort, daß Neutralität heißt Freundschaft und Unparteilichkeit gegen alle Kriegführenden. Amerika hat ja auch von 1794 bis 1912 zahlreiche Embargos erlassen. Wie kam Vianan offiziell sagen, das sei ein ungeheurer und unnutzevoller Akt? Wenn über das Ausfuhrverbot für Waffen vom Kongresshaushalt für auswärtige Angelegenheiten günstig berichtet wird, geht es sicher im Kongress durch. Die Leiter mehr stolz darauf ist, der Verteidiger der Sklaverei gewesen zu sein, so wird auch später niemand sich verzetzen können, diesem schändlichen Handel nicht widersprochen zu haben. Auch die darin investierte 1 Milliarde Dollar Kapital gilt demgegenüber nichts.

Darlehnskassenscheine. Am 27. Februar 1915 waren an Darlehnskassenscheinen 753 Millionen Mark ausgegeben. Davon befanden sich im freien Verkehr 649,113 Millionen Mark.

Gerichtszeitung.

Ein Darlehnschwindler.

Ein Darlehnschwindler, der in der Rolle eines Eisenbahnbeamten zahlreiche kleine Leute, die von Geldgeschäften nichts verstehen, betrogen hatte, wurde gestern von der 3. Strafkammer des Landgerichts I auf längere Zeit unschuldig gemacht.

Aus der Untersuchungshaft wurde der „Kaufmann“ Felix Scholz vorgeführt, um sich wegen Betruges zu verantworten. Die Verhandlung führte in etwas eigenartige Verhältnisse hinein. Sämtliche Zeugen waren kleine Leute, Handwerker, Wittwen und selbst ein Arbeiter, die sämtlich verlost durch das Angebot hoher Zinsen, sich dazu berufen fühlten, die Rolle eines Winkelsbankiers zu spielen. Diese Leute, die außer ihren geringen Ersparnissen, die sie sich vom Wunde abgepart hatten, nichts übrig hatten, waren plötzlich so vertrauensselig geworden, einem wildfremden Menschen, der sich als Beamter ausgab und gut zu reden verstand, ihre geringen Vermitteln als Darlehen zu geben. — Wie die Beweisaufnahme ergab, hatte der schon mehrfach vorbestrafte Angeklagte in Tageszeitungen Inserate erlassen ungefähr des Inhalts: „Beamer sucht Darlehen 150 M., nach drei Monaten 200 zurück.“ Des verlockende Angebot, über 100 Proz. Zinsen verdienen zu können, verleitet die Zeugen, mit dem Angeklagten in Verbindung zu treten und ihm das gewünschte Darlehen zu geben. — Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte diesen Schwindel ganz gewerbsmäßig betrieben hatte, erkannte die Strafkammer, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, auf 1 Jahr und 9 Monate Gefängnis.

Verstoß gegen Höchstpreise.

Wegen Vergehens gegen das Höchstpreisgesetz hatte gestern die Strafkammer des Landgerichts III gegen den Gemüschändler Ignaz Nowot aus Charlottenburg zu verhandeln.

Der Angeklagte hatte im Dezember v. J., als die Höchstpreise auf 3,50 M. festgesetzt waren, 10 Pfund Kartoffeln für 50 Pf. und 20 Pfund für 90 Pf. verkauft und war von dem Käufer angezeigt worden. — Vor Gericht behauptete der Angeklagte unter Vorlegung der Rechnung seines Kartoffellieferanten, daß er selbst mehr gezahlt habe und ihm doch niemand zumuten könne, noch Geld zuzugeben. Das Gericht verurteilte den Angeklagten nur zu 10 M. Geldstrafe, da es als erwiesen annahm, daß er tatsächlich keinen Verdienst von den verkauften Kartoffeln gehabt habe.

Parteiveranstaltungen.

Zweiter Kreis. Montagabend 8 1/2 Uhr, in den „Kammerläden“, Felberstraße 1: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion vom 2. Februar. Die Uebernahme vom Freitagabend findet Dienstag, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Kammerläden“, Kommandantenstr. 58, eine Mitgliederversammlung statt. Vortrag der Reichstagsabgeordneten Pfannkuch und Dausle.

Zweiter Kreis. Am Dienstag, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, finden vier Frauen-Mitgliederversammlungen in folgenden Lokalen statt: Rosa-Edle, Schönhauser Allee 130, Krantes Postille, Bahnhofsstr. 10, Pflanzstr. 143 und Stadtheater Postille, Alt-Moabit 47. Die Tagesordnung lautet: „Hausfrauen und Lebensmittelpreise“. Referenten sind die Genossinnen Matilde Surin, Klara Wegl, Ade Dander und Luise Jitz.

Jugendveranstaltungen.

Neukölln. Die Beschäftigung des Othofens muß leider wegen eigenartiger Umstände ausfallen. Wir bitten die entnommenen Karten in den Heimen zurückzugeben. Die Beschäftigung findet in späterer Zeit statt.

Königsplatz. Sonnabend, den 13. März, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Schönehauser Str. 5, Abonnementversammlung. Tagesordnung: Vortrag, freie Aussprache und Beschlüsse.

Für die Arbeiterjugend Berlin-Weißhof findet heute Sonnabend, abends 8 Uhr, in den „Kammerläden“, Müllerstr. 142, ein Lichtbildvortrag statt über das Thema: Von der Schöpfung unserer Heimat (Wilder aus dem Reich der Jahreszeiten). Einlaykarte 10 Pf.

Reinickendorf-Bez. Sonntag, den 14. März, Wandervorlesung nach Bernau-Pfingsten. Treffpunkt früh 7 1/2 Uhr, Eichhorn- und Waldhofstr. 5de.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 14. März, vormitt 9 Uhr, Doppelgottesdienst 15—17: Reußlin, „Idealpassage“; Legel, Köpenickerstr. 15, und Ober-Schöneweide, Klarstr. 2; Freireligiöse Versammlung. — Vormittag 11 Uhr, kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag des Herrn E. Däumig: „Katholische Sittenweisen“. — Damen und Herren als Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Visabüro, S. IV, Hof rechts, portofrei, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 6 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Vorschlag und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Vereifelte Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenqualifikation beizufügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringt man in die Sprechstunde mit.

S. 106. Für Handlungsgehilfen sind die Handlungsschulen der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin ebenso wie die Handlungsschule der kaufmännischen und gewerblichen Bildungsbank der Stadt Berlin zu empfehlen. — **S. 107.** In diesen Angelegenheiten wenden Sie sich am besten an den Verband der Buchdrucker, Engelauer 14 I, als die hierfür kompetenteste Stelle. — **S. 22.** Die Schirme behalten ihren Wert. Auch die Sparkasse ist sicher. — **S. 216.** 1. Mit diesem Recht können wir leider nicht dienen. 2. Ein Kränzchen könnte nichts schaden. Ungünstige Entscheidung trifft allerdings der Militärarzt. — **S. 1.** Wir halten das für ein Märchen. — **S. 87.** Ohne nähere Angaben, für welches Fach dieses Examen sein soll, können wir Auskunft nicht geben. — **Wette der Guffenkr. 11. Ja.** — **S. 28.** 1. Ja, gilt auch für Angehörige anderer Kriege. 2. Den Wunsch, daß Sie Angehöriger eines Kranken oder verwundeten Kriegers sind, hat die Polizei anzustellen. — **S. 12.** Wegen doppelseitiger Unterleibsbeschwerden nur landärztlich. — **S. 13.** Landbarn ohne Waffe; Arbeitslohn. — **S. 100.** Wegen althmännischer Verhältnisse höheres Dienstverhältnis. Eine Eingliederung ist nicht unmöglich. — **S. 37.** Sie stehen danach in keinem Verhältnis mehr. — **Preis 47.** Ratheiß soll für Sohn die Krankheit dem Militärarzt melden. Der Berufsgenossenschaft geht das nichts an. — **S. 10.** Beim Magistrat, eventuell beim Kriegsministerium. — **S. 14.** Stellen Sie Antrag auf Kriegswahrentzente beim Bezirkskommando; wegen der staatlichen Waffenzerte müssen Sie sich an das Verwaltungsamt Berlin, Klosterstraße 65/67 wenden. — **S. 21.** Bis zu 10 000 M. Vermögen sind vom Bekleidungsbeitrag und der Feststeuer frei. — **S. 1000.** Bis 10 Uhr abends. — **S. 50.** Der Rest von 25 M. ist Ihnen erspart. — **S. 125.** Der Gerichtsvollzieher kann nicht dazu verpflichtet werden. — **S. 1, 100.** Das Gehalt können Sie nicht zurück verlangen. kann mit Gehaltsbeitrag bestraft werden und verliert in 5 Jahren. — **Pr. 8.** Die Witwe erhält eine jährliche Rente von 400 M. und für jedes Kind 160 M. jährlich. — **N. 15.** Ja.

Orts-Krauterkasse der Gürtler zu Berlin.

Bekanntmachung.

Hierdurch bringen wir den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die vom Ausschuss in der Sitzung vom 30. 11. 1914 beschlossene Abänderung des 8. §§ der Satzung, am 27. 2. 1915 die Genehmigung des lgl. Oberversicherungsamtes Groß-Berlin erhalten hat. Druckexemplare der Änderung sind in unserem Kassenlokal, Oranienstraße 138, in Empfang zu nehmen. Berlin, den 12. März 1915.

Der Vorstand.
E. Liesack, Vorsitzender.
A. Künke, Schriftführer.

St. Jakobs-Balsam

Hausmittel 1. Ranges von Apotheker C. Traumann, Basel. Einget. Schutzmarke. — Bew. Heilsalbe für Wunden u. Verletzungen jeder Art, oft. Heine, Krampfadern, Brandwunden, Aussch. u. Hämorrhoid, Flechten. In den Apotheken u. M. L. 60 Gen.-Depot: St. Jakob-Apotheke, Basel. Depots Berlin: König Salomonap., Charlottenstraße, Falkenap., Reichensberger Straße, Viktoriaap., Friedrichstraße, Reichensadler-Apotheke, Gr. Frankfurter Str. 134. 738b

Heines Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Haben Sie Stoff?
ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schnell, durch. Zahlung von 25 Mark an Moritz Laband, Neue Promenade 5, II. (Stadtbr. Bism.)

Fahrpersonal.

Ständige, des Führers künftige Leute, werden eingestellt. Wählungen mit Papieren im Kontor der „Schulbeil“ Brauerei u. G., Lichterfelder Straße 11—17. 12726

2 Korbmacher

auf Dreifüßgestelle gesucht. 53862 Ernst Jacob, Mariannenplatz 21.

Achtung!

6—700 Anzüge sowie

getragene Sommerpaletots u. Ärtler

Monatsgarderobe

in letzten Wertstätten Berlins

gehandelt, teils auf Seide, für jede Figur passend, verkauft zu

starkem billigen Preisen

Nathan Wand

129 Etalager Str. 129.

hochwertigen Kostüme für Herren.

Sitte im eigenen Interesse auf

Hausnummer zu achten.

111. II. Neue Garderobe.

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß,

Friedrichstr. 125. (Oranienb. Tor).

für Syphilis, Horn- u. Frauenleiden —

Ehrlich-Hahn-Kur (Dauer 12 Tage)

Blutuntersuchung. Schnelle, sichere

schmerzlose Heilung ohne Berufs-

störung. Teilzahlung.

Sprechstunden 11 1/2—2 u. 5 1/2—8

Blumen- und Franzbindererei

von Robert Meyer, Inh.: P. Golletz Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 340

Möbel-Kredit

Große Auswahl
Bequeme An- und Abzahlung

Möbel-Lechner

Brunnenstr. 7
II. Geschäft: Müllerstraße 174.
Sonntags 12—2 geöffnet.

Aus aller Welt.

Englische Polizistinnen.

In London und anderen Städten Englands, überall wo die Gemeinden darum ansuchen, wirken seit Kriegsausbruch eine Reihe weiblicher Polizistinnen, die englischen Blätter und offiziellen Urteilen zufolge eine sehr verdienstreiche Tätigkeit entfalten.

Alles ist Geschäft.

Ein Inseratenverlag enthielt kürzlich diese Anzeige: Sänger gesucht für hervorragend., patriotischen Schlager, zu singen in Cafés, Konzerthäusern usw.

Heber die Heimkehr der Zivilinternierten durch die Schweiz.

Die Listen des Schweizerischen Bureaus für Heimuschaffung internierter Zivilpersonen ergeben, daß in der Zeit vom 24. Oktober vorigen Jahres bis zum März im ganzen 20 475 Internierte in 186 Transporten die Schweiz passiert haben.

10 845 Franzosen — unter ihnen 4655 Männer, 4103 Frauen, 1074 Knaben, 1013 Mädchen — wurden in 103 Transporten von Schaffhausen nach Genf befördert.

Museen, Sammlungen, Sehenswürdigkeiten.

(Zutritt ist unentgeltlich, wenn nichts anderes bemerkt ist. — Als Feiertage gelten Weihnachten, Ostern, Pfingsten, Neujahr, Karfreitag, Himmelstagsfest, Fasttag.)
Altes und Neues Museum. (Lustgarten.) Geöffnet: an Wochentagen (außer Sonntag) 10—4, im Oktober bis März nur bis 4 Uhr.

Stierwarte und des Astronomischen Museums 50 Pf. für Beobachtung mit dem großen Fernrohr 1 M.
Stierwarte der „Urania“. (Zwahlenstraße 57/62.) Täglich 7^{1/2} bis 11 Uhr abends. 50 Pf.

Eingegangene Druckschriften.

Kunst und Künstler. Heft 6. Monatschrift für bildende Kunst und Kunstgewerbe. Viertel. 6 M. A. Cassirer, Berlin, Derslingerstr. 15.
Deutsche Treue. Roman von R. Ortmann (Rührners Böherschlag 996). 20 Pf. H. Hilger, Berlin W. 9.
Deutschlands Volkswirtschaft nach dem Kriege. Von Dr. D. Prange. 3,50 M. Vuttika immer u. Rühlbrecht, Berlin W. 58.

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme. Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch Pichelswerder, an der neuen Heerstraße beim Alten Freund.

Zentrum: Albert Gabisch, Adlerstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 11—12, und von 4^{1/2}—7 Uhr.
2. Wahlkreis: S. und SW.: Gustav Schmidt, Bärwaldstr. 42, an der Ortelmauerstraße. Geöffnet von 9—2 und von 4—7 Uhr.

Köpenick: Emil Böhler, Ritterstr. 6, Laden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.
Lichtenberg I. Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Wartenbergstraße 1 (Laden). Geöffnet von 8^{1/2}—2 und von 4^{1/2}—7 Uhr.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: H. Rolentanz, Alt-Borghagen 56. Geöffnet von 11—12, und von 4^{1/2}—7 Uhr.

Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg von Dr. Paul Lensch. Preis 1 Mark. Ungekürzte Vereinsausgabe 40 Pf. Aus dem Inhalt: Imperialistische Politik der Großmächte in den letzten fünfzehn Jahren; Die englische Weltherrschaft u. ihre Erschütterung durch den Krieg; Der russische Zarentum; Frankreich u. der Krieg; Deutsche Vergangenheit und deutsche Zukunft.

95
1.95

JOSEPH'S Serien-Woche

2.95
3.95

Von Sonnabend, den 13., bis Sonnabend, den 20. März cr.

In allen Abteilungen außergewöhnlich billige Angebote zu 4 Einheitspreisen!
Beachten Sie unsere Fenster und Auslagen im Lichthofe.

H. Joseph & Co., NEUKÖLLN Berliner Str. 51-55

Stadt-Café

Berliner Straße 53 Neukölln gegenüber Rathaus
Von jetzt ab:
Täglich abends 8 Uhr
Konzert.

Möbel

Ganze Wohnungseinrichtungen,
Zimmer- und Küchen-Einrich-
tungen, sowie jedes Stück ein-
zeln zu den billigsten Preisen
in guter, gedig. Arbeit empfiehlt
Wihl. Lambrecht,
Berlin SW., Simsonstr. 19.
Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste.

Möbel

Warnung vor Ankauf

von Nachahmungen des echten Kapitän-Kautabak!
Jedes Stück (Hollen oder Bündel) wird nur verpackt
und mit Aufdruck:
„Kapitän-Kautabak“, gefällig gefärbt,
geliefert. Verkaufsstellen, wo die kleinen Tabakboxen gratis zu haben
sind, weist gern nach
Carl Röder, Berlin, Grüner Weg 119 (Telephon: Nr. 3861).



M. Schulmeister

Dresdener Strasse 4 • Kottbusser Tor

25 M. 36 M.
Jackett-Anzüge
45 M. 58 M.
Rock-Jackets
65 M. 78 M.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süden

Erscheint wöchentlich einmal. Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Kaiser-Brikett

ist für Ofenheizung am besten und am billigsten!

Allgemein, Versand:
R. Schellenberger, Café u. Condit.
Neukölln, Bergstr. 23/24.

Bäcker- u. Konditoreien
Bäcker Nordstern
Inh. Gust. Müller
Fildales im Süden, Eisen u. Engländer
G. Anders Okerstr. 11, Spez.
Gutes schwarz. Brot
G. Broge Leyenstr. 18,
gutes großes Brot

Erich Bentlin, Palkstr. 12.
Arthur Friedrich, Bocksbürger
Straße 95
Hob. Gallert, Knesbeckstr. 33
A. Gemeinhardt, Adalbert-
straße 92
Herm. Hierse, Thüringerstr. 17.
F. Klauk Wismanstraße 46.
Liesberg, Jahnstraße 19.
Fritz Nagel Mariendorfer
Straße 8.
F. Naillon Nklln, Allerstr. 39
Anerkennungsk. Kuchenz.
Fritz Richter Cöpenicker-
Straße 117.
Joh. Rücker, Ratiborsir. 17.
Felix Schulze Nk. Sprem-
bergerstr. 6.
Ernst Siegwald Mittenwälder
Straße 44.
P. Wendt (Schillerpromenade 29)
Anerkennungsk. Kuchenz.

Badanstalten
Lindenbad, Lindenstr. 100
Sollwitz, Friedr. 1. Hof u. Kass.
Drogen und Farben
Altr. König Weisenstraße 22,
Parfümerie
W. Ungerathen Wangelstr. 64.
H. Olsen Adalbertstr. 60
Fabr.-Drog., Seife

Geerdigungs-Anst.
Jul. Grieneisen
Neukölln
Berlinerstr. 7-8, Tel. 1296.
Holz- und Metallargfabrik
mit eigenem Fuhrpark.
Feuerbestattung
Otto Kengers
Wienerstr. 28.
P. Bösel Melchiorstr. 17
Tel. Moritzpl. 176.
Max Puchs Doppelstr. 1.
Frankf. Allee nur 170.
P. Moosmann, Bocksbürgerstr. 129
Friedrichshof, Tel. Sebepf. 159 Nk.
Bettfedern
Berta Pfeffer Wienerstr. 17
Laden
Cigarren und Tabako
W. Salzmann, Berlinerstr. 93, former
Kontak. Rat in all. Preis- u. Straße.
H. Stürzebecher Grünauer
Str. 31
Johann Sauer Hermannstr. 124
Bakst. Hermannstr.
H. Schneider Admiralstr. 26
T. Moritzpl. 11 409
C. Wilke Sanderstraße 3
Cigarren, Cigaretten
Fleisch- u. Wurstwaren
Rich. Gusinde
Oranienstraße 17.
Fabrik fein. Wurst- u. Fleischw.
August Fenger
Grünauer Str. 8
Fabrik fein. Wurst- u. Fleischw.
Gute Bedienung, Billig. Preise
Rich. Grieger
Kottbusser Damm 14
Wurst, Speck, Schinken.
Rich. Beckert, Wienerstr. 33.
Fr. Fritsch Skallitzerstr. 28
H. Kumerl Prinsenzstr. 13
H. Fleisch- u. Wurstw.
Heinr. Matzker Herrmann-
Str. 228
Paul Müller, Friesenstr. 22.
W. Oestreich, Bergmannstr. 22.
G. Regber Karlsruherstr. 16
2. Filiale, u. Laftsch.
H. Reich, Schönleinsstraße 13
H. Sahib Lesnauerstr. 19, Spez.
H. Aufschmitt.
P. Schmidt Falkstraße 2
Pa. Fleisch- u. Wurstw.
Wilh. Schulz, Grünauer Str. 2.
P. Steinike Kottbus. Damm 12
Spez. Aufschnitt.
Emil Wenger, Bockstraße 6
Fabr.-Fleisch- u. Wurstwaren
G. Ziekow, Reuterstr. 32, Spez.
Fleisch- u. Wurstwaren.

Gerold
Bei gemeinlichem Be-
zug Preisermäßigung
Berlin, Lützowstr. 94
Verlang. Sie Preisliste
Kurz-, Weiß-, Wollwaren
M. Schöneberg
Mariendorferstraße 16
an der Zossenstraße
Chamissoplatz 5
Mariendorferstr. 19
Kino-Theater
Kuckuck-lichtspielhaus
Kottbusser Damm 92
Größtes Theater Neuköllns
1000 Plätz
Wöchentl. 3 mal Programmw.
Erstkl. Vorführung. Sol. Preise.

Gerold
Bei gemeinlichem Be-
zug Preisermäßigung
Berlin, Lützowstr. 94
Verlang. Sie Preisliste
Kurz-, Weiß-, Wollwaren
M. Schöneberg
Mariendorferstraße 16
an der Zossenstraße
Chamissoplatz 5
Mariendorferstr. 19
Kino-Theater
Kuckuck-lichtspielhaus
Kottbusser Damm 92
Größtes Theater Neuköllns
1000 Plätz
Wöchentl. 3 mal Programmw.
Erstkl. Vorführung. Sol. Preise.

Baumschulenweg
W. Reineke Molkerei
Baumschulenstr. 53
Kalkberge-Rudersdorf
Max Wolf Bäckerl., Konditorei
Mittelstr. 16, Kalkberge
Johannisthal
A. Nachhaus Kolonialwaren
Kais. Wihl.-Str. 12
Mariendorf
Robertus-Drogerie Chaussee
Str. 26
H. Loos Eisenw., Wirtschaftl.
Gartl. Chausseest. 294
Neukölln
Milch-Schmidt
Neukölln
Hermannstr. 53 u. Hermannstr. 55/56
Berlinerstr. 75 Bergstr. 157
Kais. Friedr.-Str. 144, Eichenmannstr.
Butter nur eig. Fabrikation
in eig. Meiereien hergestellt.
Badenanstalt
Hohenzollernplatz 9
Liefer. sämtl. Krankenkassen
C. Dittmann
Berlinerstr. 43
Wild - Geflügel - Fische.
Orogenhaus Richter
Inh.: Paul Timm,
Kais. Friedr.-Str. 81.
Max Schüppel
Hermannstr. 213
Seifen, Drogen, Farben.
L. Wolsehnick
Hörsingstr. 13, I. u. II. Stock.
Obst, Gemüse, Fische,
Räucherw., Wild, Geflügel.
G. v. Ahnden, Cigarren- u. Ciga-
retten-Handl., Boddinstr. 59
E. Blankenburg, Schuhwaren
Prinz Handjery-Str. 26
C. Bott, Holzsch., Plätt., Pant.
Arb.-Schuhe, Hermannstr. 244
F. Höchst Steinmetzstr. 117
1. Filiale, u. Wurstw.
Georg Kurth, Weichenstr. 31
Bäckerl.
W. Lorenz, Weichenstr. 62,
1. Fil. Schackstr. u. Leipzig-
Werkst. Ag. Waren.
Schneider-Linke
Cannenstr. 20 81
Milch, Backwaren.
O. Kramer Fleisch- u. Wurstw.
Weichenstr. 213.
W. Nebel Kesselstr., Holzk. u.
Meissel Mainzer Str. 22.
H. Schmidt Buch- u. Papierhdl.
Kais. Friedr. 16
Th. Sellach Musikhaus Otto Schönte,
Anzeigerstr. 27 E. H. Linerstr.
Eisen- u. Stahlw.
Hermannstr. 44.
Ober-Schönweide
Edison-Drog. Wilhelmstr.
hofstraße 13.
Spree-Drogerie W. Munko
Wiemenstr. 7.
Trinktalia
Chausseest. 194
Gehardtschlechter
Weichenstr. 41
H. Grate Bäcker, Konditorei,
Laufenstr. 6.

Cöpenick
Gustav Richter
Cöpenick u. Oberkrämerweide.
Eigene Werkstätten für mod.
Wohnungseinrichtungen
mit elektrischem Betrieb.
Auf Wunsch senden Vertreter
M. Lichtenstein Nachf. H. Cohn
Schloßstraße 25.
Herren- u. Damenkonfekt.
Manufakturwaren
Fr. Scholz
Grünstr. 21
Mehl, Wollseifen, Margarine
Bürstenfabrik Carl Schmitz
Laurens Str. 2.
Handschuhfabrik Herrmannstr. 11
Felix Britzow, Grün Str. 4.
H. Wänig, Holzstr. 19, Uhren
Goldw., Optik, eig. Rohw. -Werkst.
Fr. Herrmann Neulandstr. 13/14
H. T. Str. 2, Backwaren
Kühnemund Mineralwasser
Parlauerstr. 24.
A. Magert, Fleisch, Schloßstr. 24.
Leder- u. Polier- u. Reparat.
P. Menzel Schönleinsstraße 13
Häse, Kravatt., Wäsche
Franz Neumann Schloßstr. 24
Konditorei, u. Café
Paul Nicolai Bahnhöfstr. 24
Eisenwaren
Optiker Löhbach, Grünstr. 11
Brillen - Kneifer.
Fr. Richter Fr. Pflanz, Wurstw.
Grün Str. 13.
Koßschlächterelei C. Redtlob
Rosent. 18.
G. Scrievius 1893 priv. Stadt-
apoth. Köpenick
Schloß-Apothek J. Optik,
Berlin, St. 1.
Hugo Schässler Präpar.- u. Likör
Fabr., Weidenh.
Geerdigungs-Institut
W. Stephan, Kottbusstr. 1
Wilhelm Wille Grünauer Str. 2

Treptow
Feine Fleisch- und
Wurstwaren
Willi Kärnbach
Grätzstr. 19/20
Tel. Str. 10012
Gratzmanns Festsaal
und Restaurant
Am Treptower Park
Ecke Eisenstraße.
Hermann Hundertmark
Restaurant, u. Gart. Eisenstr. 110
Karl Kohnitz 1. Str. u. P. u. D. u. K.
Boormannstr. 6.
H. Pulvers Seebest. 18. Seebest.
Seebest. 13. Seebest. 12. Seebest.
H. Rudolph Pflanz, Weidenh. -Werkst.
W. Grätzstr. 22.
Egg. Schwin Wassergarten, Seebest.
P. Paulitzian 1. Str. u. P. u. D. u. K.
Eisenstr. 100.

Wildau
Volksgarten Otto Heiser
empfiehlt sich Verlass u. Vertrauen.